

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Deutschland.

Ueber die deutschen Farben schreibt die Weser-Zeitung unterm 19. Mai: „Gibt es ein deutsches Bundesheer, so bedarf es auch eines gemeinsamen Feldzeichens, durch das sich die bunten Bestandtheile vor Freund und Feind als Glieder desselben großen Körpers erkennbar machen. Das zeigt die gesunde Vernunft, die gedruckten und ungedruckten Meinungen der Männer von Fach. Wir dürfen nur auf die sehr conservative Preussische Wehrzeitung verweisen, welche jüngst mit kurzen aber überzeugenden Worten auf jenes Bedürfnis aufmerksam gemacht hat. Wer nicht mit trüber Brille bei jeder Maßregel einer Regierung gleich Reaction sieht, kann in der nun fast bei allen Contingenten verfügten Abnahme der deutschen Cocarde unmöglich den Beweis finden, daß man auch die drei Farben in die Kumpfkammer der Reichs- und Parlamentsarchive verweisen will. Bei aller Achtung vor dem nationalen Symbole hat doch Mancher wol die zwei Cocarden übereinander oder gar die Vertheilung über das rechte und linke Ohr des vaterländischen Kriegers mindestens geschmacklos gefunden. Dem Auge des Unbefangenen erscheint jener Verstoß gegen die Symmetrie ebenso ungeschön als das große und kleine Epaulette bei gewissen Offiziersgraden der französischen und anderer Armeen. Sollte aber wirklich die Proscription der drei Farben beabsichtigt werden, so möchten wir dagegen einige Bedenken aussprechen. Ist das Bedürfnis eines nationalen Zeichens unleugbar vorhanden, so wäre es zunächst nichts weniger als loyal, die Anordnung des competenten Organs, des Deutschen Bundes, durch bloßes Ignoriren obsolet werden zu lassen. Nicht die improvisirten Reichsgewalten des Jahres 1848, sondern die Bundesversammlung hat mittels Beschlusses vom 9. März jene drei Farben zum Symbol des einheitlichen Deutschlands erhoben. Es waren nicht bloß die Freischaren, die sich der schwarz-roth-goldenen Fahne bedienten, sondern die Bataillone der Bundesarmee rückten unter einem Bundesfeldherrn mit dem vorgeschriebenen Bundesfeldzeichen in Schleswig ein. Auch unter dem wiederhergestellten Bundestage wehte noch die Bundesflagge auf der im Jahre 1848 neugeschaffenen Flotte, ja sogar auf dem Bundespalast in Frankfurt a. M., bis sie da plötzlich über Nacht verschwand. Die deutschen Farben bestehen mithin nach klarem Bundesrecht in anerkannter Wirksamkeit und könnten nur durch einen neuen Bundesbeschluß wieder abgeschafft werden. Das wird sogar eine ultraconservative Politik nicht anrathen können, da es keine Gründe für eine solche Maßregel und auch keine andern geeigneten Zeichen gibt. Aber die deutschen Farben verdienen eine solche Behandlung nicht. Die Blousenmänner in Baden und Sachsen führten sie allerdings auf ihren Hederhüten — aber trugen nicht auch jenes Symbol die Helme, die den Aufstand niederschlugen? Es ist wahr, daß die Revolution das schwarz-roth-goldene Banner entfaltete — aber wären es denn himmlische Heerscharen, gedungene Condottieri vom Auslande, oder russische Bayonnette, die gegen solche Auslegung der Volkssouveränität auszogen und nicht vielmehr die Krieger deutscher Volksheere, die (Manche wahrlich nicht leichten Herzens) auf den Ruf des Kriegsherrn die irregulierten Brüder bekämpften, am Rheine wie an der Elbe die bestehende Ordnung mit ihrem Blute schirmten? Warum will man dem Volke, dem Heere die Farben nehmen, unter denen Bayern, Sachsen, Hannoveraner und Hessen die dänischen Schanzen, die Preußen Danewirke, Kolding erstürmten, die brave Armee der Schleswig-Holsteiner so manche Waffenthat vollbracht hat? Sollte man die deutsche Fahne der Nation entziehen, weil ein kleiner Theil sie mißbraucht hat? Auch wenn das System wechselt, wird der wahre Staatsmann bei der neuen Richtung des Steuers das Gefühl, ja sogar das Vorurtheil des Volks achten, das Bestehende nicht ohne Noth vernichten. Warum sollen die schönen Farben mit so mancher ruhmreichen Erinnerung durch wecklosen Verzicht durchaus der Revolution als Parteiemblem zufallen? Gewiß droht über kurz oder lang eine heißere Zeit, wo man der nationalen Kraft und ihres Symbols bedürfen wird.“

Preußen. Die National-Zeitung berichtet aus Berlin vom 21. Mai: „In der bevorstehenden Generalzollvereinsconferenz, für welche ein Termin bis jetzt noch nicht angesetzt ist, sollen auch diejenigen Anträge auf Tarifveränderungen zur Verhandlung kommen, welche bei den Beratungen über die Erneuerung der Zollvereinsverträge zurückgehalten wurden, um den Abschluß dieses Werks nicht zu verzögern. Soweit bis jetzt Andeutungen vorliegen, wird die Generalconferenz manche Kämpfe mit sich bringen. Von Seiten Preußens steht bekanntlich der Antrag auf Ermäßigung der Eisenzölle bevor. Der Handelsminister hat denselben bereits in der II. Kammer angekündigt und ihn mit folgender interessanten Motivirung begleitet: «Bei den neuern bedeutenden Fortschritten, welche die Eisenindustrie in unserm Lande genommen hat und insbesondere in Rücksicht auf den in sicherer Aussicht stehenden weitem Aufschwung sind die verschiedenen Verwaltungsefforts zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Ermäßigung der

Eisenzölle im allgemeinen Interesse unbeschadet der Eisenindustrie eintreten könne. Die Regierung ist daher entschlossen, bei der nächsten Generalconferenz eine erhebliche Ermäßigung der Eisenzölle zu beantragen.» Hannover wird diese Ansicht jedenfalls unterstützen, während einige süddeutsche Verbündete im Allgemeinen den Grundgedanken erhöhter Schutzzölle zu verfolgen geneigt sein dürften. Diese Ansicht wird unter Anderm auch dadurch begründet, daß die württembergische Regierung das Gesuch ihrer Abgeordneten-Kammer um höhern Schutz der zollvereinsländischen Industrie möglichst zur Geltung zu bringen verspricht.“

Die von Seiten der Polizeibehörde mit Beschlag belegten Druckschriften, die bei genauerer Durchsicht gesetzlich strafbaren Inhalts nicht waren, wurden bisher nach einigen Tagen, ohne daß darüber irgendwelche richterliche Entscheidung erforderte oder erfolgt war, den Herausgebern wieder zurückgegeben und von diesen dann verbreitet. Dieses Verfahren hat eine Aeußerung des Ministeriums des Innern veranlaßt, wonach der Spener'schen Zeitung zufolge jede von Seiten der Polizeibehörden confiscirte Schrift, gleichviel, ob man später etwas Strafbares daran findet oder nicht, nur auf richterlichen Befehl freigegeben werden dürfe, daß also die sämmtlichen von nun an zu confiscirenden Schriften stets der Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung übergeben werden sollen.

In der Untersuchungssache gegen Dr. Ladenberg und Genossen (die zu Ostern in Berlin wegen unerlaubter Verbindung verhaftet wurden) finden zeither täglich durch den Untersuchungsrichter Stadtgerichtsrath Schloetke neue Vernehmungen statt. Sonst erfährt das Correspondenz-Bureau, daß die Vorverhandlungen so weit gediehen sind, daß in kurzer Zeit der Staatsanwalt seine Anträge bei dem Gerichte zu stellen im Stande sein dürfte. Von den noch in Haft Befindlichen werden vielleicht zwei Personen auf freien Fuß gesetzt werden, wogegen die Anklage sich auch auf mehrere der bereits Entlassenen erstrecken dürfte.

Von Seiten der berliner Universitätsbehörden ist in der letzten Zeit den unter den Studirenden bestehenden Landsmannschaften eine besondere Aufmerksamkeit betreffs burschenschaftlicher Bestrebungen zugewendet worden, so der Landsmannschaft „Teutonia“. Infolge dessen wurden, wie die Wos'sche Zeitung mittheilt, die Senioren der genannten Landsmannschaft vor den Pfingstferien citirt und die Statuten und sonstigen Papiere dieser Verbindung mit Beschlag belegt.

Der Breslauer Zeitung schreibt man aus Berlin vom 19. Mai in Betreff der gemischten Ehen: „Wir vernehmen aus ganz verlässlicher Quelle, daß die jüngst vom Bischofe Arnoldi publicirte Anordnung des Papstes, welche schon die äußerste Strenge der katholischen Satzungen gegen die Mischehen in Anwendung bringt, bloß für die Diöcese dieses Prälaten erlassen und vornehmlich der Gegenstand seiner Reise nach Rom gewesen sei. Die andern Bischofsstühle Deutschlands sind vorläufig von dieser strengen Maßnahme nicht berührt. Fest steht es indessen, daß in Betreff der gemischten Ehen auch von evangelischer Seite her eine strengere Praxis in Anwendung kommen dürfte; nicht bloß will der nächste Evangelische Kirchentag diese bereits im vorigen Jahre auf demselben angeregte Angelegenheit mit allem Ernste dieses Jahr wieder aufnehmen, sondern auch die evangelische Kirchenbehörde scheint hierbei fürder sich nicht mehr passiv verhalten zu sollen, wenigstens dürfte sie sehr gedrängt werden.“

Aus Köln vom 20. Mai schreibt die Düsseldorf-Zeitung: „Bis jetzt ist die Veröffentlichung des päpstlichen Breve über die gemischten Ehen in der Diöcese Köln noch nicht erfolgt, dürfte aber, wie Personen, die unterrichtet sein können, glauben, in einer der nächsten Nummern des kirchlichen Anzeigers zum Abdruck gelangen.“

Zwei ehemalige katholische Priester aus Böhmen, Joseph Kordina und Joseph Alex. Weymann, haben in den ersten Tagen dieses Monats in Breslau die Ordination als evangelische Geistliche empfangen und sind als Pfarrvicarien in Oberschlesien angestellt worden. Kordina war im Dienste der katholischen Kirche seit etwa zehn Jahren Kaplan zu Paka in Böhmen; Weymann gehörte dem Franciscanerorden an, war Mönch im Kapuzinerkloster auf dem Hradschin in Prag und später auf verschiedenen Pfarren in Böhmen.

Kürzlich stand der bekannte Pfarrer Dr. Winterim von Bilk vor dem correctionellen Gerichte in Düsseldorf, angeklagt, sich in einer vor mehreren Monaten confiscirten Schrift beleidigende Aeußerungen gegen die evangelische Kirche erlaubt zu haben. Der Antrag der Staatsbehörde war auf dreimonatliche Gefängnißstrafe und Verurtheilung in die Kosten gerichtet. Nach dem Urtheil ist der Beschuldigte von der gegen ihn erhobenen Anklage freigesprochen, jedoch die Vernichtung der incriminirten Stelle verfügt worden.

Das Mitglied des Frankfurter, später Stuttgarter Parlaments, Hr.

Schmidt aus Löwenberg, flüchtig seit 1849, ist der Neuen Oder-Zeitung zugekommenen Nachrichten zufolge am 29. März d. J. in Cuba an einem Brustleiden gestorben. Er leitete in Gemeinschaft mit seiner Frau ein sehr angesehenes Erziehungsinstitut und suchte auf ärztliches Anrathen Heilung seines Uebels in dem milden Klima Cubas. Die Zeitung von St.-Louis widmet dem Verstorbenen einen Nachruf, welcher von dem hohen Grade von Achtung und Liebe, in dem Schmidt dort stand, Zeugniß gibt.

Baiern. Zu Wintraching bei Regensburg hat in den Bitttagen der Kreuzwoche ein 79jähriger Greis nach vorausgegangenem Wortwechsel einen unverheiratheten Mann, 38 Jahre alt, erschossen. Der Thäter befindet sich in den Händen der Gerechtigkeit.

Württemberg. Die Kammer der Standesherrn ist jetzt den abweichenden Beschlüssen der andern Kammer zu dem Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der Todesstrafe beigetreten, sodas über diesen Gegenstand Gesamtbeschluss besteht. Die Abgeordnetenkammer hatte bekanntlich die Todesstrafe für hochverrätherische Unternehmungen gegen die Selbständigkeit und die Verfassung des Staats ausgeschlossen. — In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 21. Mai ging eine Petition des Dr. H. Elsner ein, betreffend eine Beschwerde gegen die polizeiliche Beschlagnahme von Zeitungsblättern, worin der Petent bittet, „die Kammer möge das Ihrige thun, um diesen widerrechtlichen Zustand des Verfahrens gegen die Presse aufzuheben“ und die Petition der staatsrechtlichen Commission mitzutheilen.

Hannover. Hannover, 20. Mai. Nach der von der Regierung dem Verfassungsausschusse mitgetheilten Berechnung wird durch die in der Commission bereits erfolgte Annahme der Vorschläge in Betreff der veränderten Vertretung des größern Grundbesizes in der I. Kammer, die Zahl der nach dem Gesetze vom 5. Sept. 1848 bisher wahlberechtigten Grundbesitzer in den verschiedenen Provinzen in folgender Weise reducirt werden: 1) in Kalenberg von 450 auf 116; 2) in Hoya-Diepholz von 326 auf 51; 3) in Hildesheim von 600 auf 124; 4) in Göttingen-Grubenhagen u. von 302 auf 80; 5) in Lüneburg von 916 auf 162; 6) in Bremen-Verden von 722 auf 125; 7) in Osnabrück von 300 auf 84; 8) in Verden-Weppen von 100 auf 50; 9) in Ostfriesland von 599 auf 160; mithin im ganzen Königreiche von 4315 wahlberechtigten Grundbesitzern auf 952. Angenommen wurde noch unter alleinigem Dissens der beiden Minister der Antrag der Subcommission, in Widerspruch mit der Regierungsproposition, §. 7, Nr. 1, und festhaltend an der Bestimmung des Gesetzes vom 5. Sept. §. 37, die Wählbarkeit zum Abgeordneten der größern Grundbesitzer nicht auf den betreffenden Wahlbezirk zu beschränken.

Großherzogthum Hessen. Aus Starckenburg, 19. Mai. Die Standeskleidung der evangelischen Geistlichen des Großherzogthums, über welche in einigen Blättern nicht hinreichend genaue Angaben verbreitet worden sind, wird, wie uns glaubhaft versichert wird, bestehen aus schwarzem Rock mit halb umgelegtem Stehkragen und einer Reihe Knöpfe, schwarzen Hosen, weißem Halstuche und gewöhnlichem runden Hute, der nur bei besonderm Anlaß mit einem schwarzen Uniformshute, wie ihn die Staatsdiener tragen, zu vertauschen wäre. Irrten wir nicht, so dürfte sich die Standeskleidung der evangelischen Geistlichen in Nassau, Hessen und Baden bald sehr ähnlich sehen. Die eigentliche Amtstracht bei geistlichen Functionen bleibt der Chorrock. (Hrff. Pst.)

— Bei dem Auswanderungsagenten Dr. Streckler in Mainz fand am 20. Mai eine Haussuchung statt. Man forschte in seinen Geschäftsbüchern nach heimlich Ausgewanderten.

— Aus Bensheim an der Bergstraße vom 20. Mai schreibt man dem Frankfurter Journal: „Soeben erhalten wir aus Frankfurt a. M. von sicherer Hand die Nachricht, daß Dr. Blümmer aus dem Schooße der katholischen Kirche getreten und gestern zu Rödelsheim in die protestantische Kirche übergetreten sei. Hr. Blümmer ist seit einer Reihe von Jahren als Religionslehrer an dem hiesigen Gymnasium sowie als Lehrer in mehreren andern Fächern thätig gewesen.“

Braunschweig. Die Deutsche Reichs-Zeitung berichtet aus Braunschweig vom 20. Mai: „Morgen werden die Statuten der zu begründenden Braunschweigischen Bank ausgegeben und am 24. Mai die Actienzeichnungen laut einer von den H. H. Otto Lötbecke, Eduard Bieweg, J. Jüdel, Eduard Schade, Albert Oppenheimer erlassenen Bekanntmachung entgegengenommen werden. Die landesherrliche Bestätigung der aus 63 Paragraphen bestehenden Statuten lautet:

Von Gottes Gnaden wir Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg u. s. fügen hiermit zu wissen: Wir haben uns auf Ansuchen des Vorstandes des Kaufmannsvereins hieselbst bewogen gefunden, die landesherrliche Erlaubniß zur Begründung einer Privatactienbank in unserer Residenzstadt Braunschweig unter der Firma „Braunschweigische Bank“ zu ertheilen. Diese Privatactienbank soll zur Belegung des Geldverkehrs und zur Hebung des Handels und der Fabrikthätigkeit, sowie des Ackerbaues und der Gewerbe dienen, und wir wollen die uns vorgelegten, dieser Bestätigungsurkunde angeschlossenen Statuten für die Actiengesellschaft der Braunschweigischen Bank hiermit genehmigen und bestätigen. Der Geschäftsbetrieb dieser Bank darf jedoch erst nach der Zeichnung eines Actienkapitals von 2 Mill. Thln. und nach der Einzahlung von 20 Proc. dieses Capitals, also von 400,000 Thln. begonnen werden. Diese Bestätigungsurkunde soll in die Gesetzverordnungsammlung des Herzogthums aufgenommen werden. Urkundlich unserer Unterschrift und beigedruckten herzoglichen Geheimen Kanzleisiegels. Braunschweig, 11. Mai 1853. Wilhelm, Herzog. v. Geyso.

Freie Städte. Frankfurt a. M., 20. Mai. In der heutigen Sitzung der Gesetzgebenden Versammlung war der erste Gegenstand der Ta-

gesordnung ein Senatsvortrag, Verfassungsänderungen betreffend. Als Zweck derselben wird die verheißene thunlichste Wiederherstellung der durch das aufgehobene Gesetz vom 20. Febr. ausgesprochenen Gleichberechtigung sämmtlicher Staatsbürger bezeichnet. Der Senat glaubt durch diesen Vorschlag die gegebenen Verhältnisse sowol als die billigen Wünsche der Betheiligten möglichst berücksichtigt zu haben, und erwartet daher, daß, gleichwie der Senat selbst sich mit der verfassungsmäßigen Stimmenmehrheit für dessen Zulässigkeit ausgesprochen, die Gesetzgebende Versammlung ebenfalls denselben für zulässig erklären werde, worauf sodann die Abstimmung der Bürgerschaft darüber stattfinden soll. Der Vorschlag besagt im Wesentlichen: „Die Aufnahme von Beisassen findet nicht mehr statt. Alle Angehörigen der Stadtgemeinden werden als „Frankfurter Bürger“, jene der Landgemeinden als Bürger der betreffenden Gemeinde bezeichnet. Den Bürgern israelitischen Glaubens steht außer der bürgerlichen Gleichberechtigung auch das Recht der Theilnahme an den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung, sowie der Wählbarkeit in das Wahlcollegium und in die Gesetzgebende Versammlung selbst zu, letzteres jedoch mit der Beschränkung, daß nicht mehr als vier derselben in die Versammlung gewählt werden dürfen. Die öffentlichen Aemter sind für alle Eingeborenen und in das Bürgerrecht aufgenommenen (für Letztere nach zehnjährigem ununterbrochenen Aufenthalt) zugänglich. In den Senat und das Einundfunfzig-Colegium können jedoch nur Christen gewählt, auch zu Richtern und Mitgliedern solcher Behörden, welchen die Leitung des Kirchen-, Schul- und Stiftungswesens obliegt, nur Christen ernannt werden. Bürger der Landgemeinden können nicht an der städtischen Verwaltung theilnehmen. Die Abgeordneten der Landgemeinden nehmen an allen Berathungen und Beschlüssen der Gesetzgebenden Versammlung theil, mit Ausnahme der die Angelegenheiten und Stiftungen der Stadt betreffenden, und Theilnahme an der Wahl der Mitglieder des Senats und des Einundfunfzig-Colegiums. Von der Theilnahme an diesen Wahlen sind auch die israelitischen Mitglieder ausgeschlossen, nehmen dagegen an allen andern Verhandlungen des Gesetzgebenden Körpers theil. Alle mit Vorstehendem im Widerspruch befindlichen Bestimmungen der bisherigen Verfassung werden für aufgehoben erklärt.“ Auf Vorschlag des Präsidiums beschloß die Versammlung, zur Begutachtung der Senatsvorlage eine Commission von sieben Mitgliedern zu erwählen. (Hrff. J.)

— Das Frankfurter Journal berichtet aus Frankfurt a. M. vom 20. Mai: „Am 17. Mai Morgens 8 Uhr fanden sich in der Wohnung des hiesigen Mitbürgers G—r, eines achtbaren Mannes, drei Beamten des Criminalamts nebst einem Rottmeister und zwei Gensdarmen mit dem schriftlichen Befehle ein, in Sachen des inhaftirten Gerümpfers Feuerbach eine Haussuchung vorzunehmen. Hr. G—r, sich keines Unrechts bewußt, übergab augenblicklich sämtliche Schlüssel zu allen Räumen seines Hauses u., wovon jedoch die anwesenden Polizeibeamten keinen Gebrauch machten, sondern vielmehr erklärten, diese Maßregel sei lediglich infolge eines dem Criminalamte zugegangenen anonymen Briefes veranlaßt worden. Wenn es Niemand in Abrede stellen wird, daß eine derartige Denunciation höchst schmachlich ist und dem Betreffenden eine sehr verletzende Kränkung bereitet, so zweifelt man um so weniger, daß von Seiten unsers Polizeiamtes nichts unterlassen werden dürfte, um dem Urheber jener böswilligen Verdächtigung auf die Spur zu kommen und ihn der gebührenden Strafe zu unterziehen.“

— Aus Hamburg vom 19. Mai wird der Weser-Zeitung geschrieben: „Der französische Pferdebegehr in unserm Norden ist noch immer eher im Zu- als im Abnehmen begriffen. Holstein hat von dieser Gattung lebendiger Waare bereits was eben nur nagellos war, abgegeben. Jetzt nun haben sich die Commissionare der kaiserlichen Markfälle nach dem benachbarten Mecklenburg gewendet. Da wird nun namentlich für die Carabinierregimenter und für des Kaisers neuerrichtete Garde-Corps rekrutirt. Die Aukäufer zahlen hohe Preise für alle Pferde, für diejenigen aber, welche sich für die schwere Cavalerie eignen, wird kein Geld gespart; das Exemplar wird mit 30—32 Louisdor aufgewogen. Große Wagenrosse älterer Race werden sogar mit 140—180 Napoleonsdor für das Paar bezahlt. Pferde von isabellgrauer Farbe finden ganz besonders Liebhaber, man konnte aber nur zwei Stück davon aufstreiben.“

Luxemburg. Luxemburg, 16. Mai. Ein bedauerlicher Vorfall hat die Stadt in die größte Sensation versetzt. In der vorletzten Nacht gegen 1 Uhr ist ein junger Mann von 28 Jahren, der Controleur Hilger der hiesigen Rechnungskammer, von der Schildwache am Proviandamt erstochen worden. Er war ganz allein, soll mit der Schildwache in Conflict gerathen und deren Gewehr angefaßt haben. Das Geschehene ist bis jetzt noch unerklärlich, der Unglückliche war überall bekannt als ein sehr gebildeter, anständiger, friedfertiger Mann und hatte mit vielen Offizieren der Garnison nähern Umgang. (Hrff. Bl.)

Schleswig-Holstein. Altona, 18. Mai. Bekanntlich hatte der General Frhr. v. d. Horst gegen das holsteinische Obersachwalteramt Ladung impetrit, um seine Ansprüche auf Pension aus den schleswig-holsteinischen Finanzen geltend zu machen. Hierauf war vom Obergericht entschieden, daß, da das Obersachwalteramt zur Vertretung der Finanzen für die Herzogthümer nicht legitimirt sei, die Ladung nicht abzugeben, auch der Kläger in die Kosten zu verurtheilen sei. Dieser supplicirte nun an das Oberappellationsgericht, erhielt aber auch dort einen abschlägigen Bescheid. (H. N.)

— Aus Glückstadt vom 18. Mai schreibt man der Neuen Preussischen Zeitung: „Dem Vernehmen nach sollen mit nächstem sämmtliche Bürgerwehren im Herzogthume Holstein aufgehoben werden. Die hiesige muß in diesen Tagen schon Waffen und Munition nach Rendsburg abliefern.“

De
Correspon
Blen in
von Pre
höchste B
Deutschen
schon der
nen Rhein
innigsten
in dem
zum Grün
sten und
klarere au
gewiesen.
lichen Ver
das Gleich
derten ere
falt zu b
Deutschlan
dirung sei
nes Anseh
Sorge zu
sammte W
gen spring
sonderglei
schaft eng
einander z
Zusammen
angemessen
ger Erinner
Dass
Königs ve
Neuen
versammel
gattungen.
unermessl
um 9 1/2 U
nig nahm
ausgezeich
ren. Gest
unserer M
mit ganz
Zwischen
den Prater
sen hin-
zahlreich
noch um
gen 6 Uhr
spännigen
der Prinz
gen Mitgl
der Erzher
dem Corse
Heute Ab
vorbereitet
führt, wol
und edelst
der Costur
sich die M
Die
pfung der
Oberoffizie
und höher
ungefähr
Se.
tief empfün
hier durch
eine frohe
gefallen, u
werden soll
heit zu ziel
werden.
Der
und Hoffe
Begleitung
die Ehre,
allerhöchste
dort nach
— Ein
länder, h
pulvermon
△ Au
den Behö
bern ange
zu Grund
gewiß irri.

Oesterreich. Wien, 21. Mai. — Die halb-offizielle Oesterreichische Correspondenz schreibt: „Seit vorgestern Nachmittag 5 Uhr umschließt Wien in seinen Mauern einen außerordentlich theuern Gast, den König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV. Die Gefühle, welche dieser allerhöchste Besuch in der Brust eines jeden gutgesinnten Oesterreichers und Deutschen rege macht, sind durchweg erfreulicher und erhebender Art. War schon der Besuch, welchen der Kaiser im verfloffenen Jahre seinem erhabenen Oheim abstattete, eine unzweideutige Gewähr für die Herstellung des innigsten Einvernehmens zwischen den beiden deutschen Großmächten, so liegt in dem jetzigen Gegenbesuche die Anerkennung dieser Thatsache und die ihr zum Grunde liegende Idee der Einheit und Zusammengehörigkeit der höchsten und erhabensten Interessen Oesterreichs und Preußens wo möglich noch klarer ausgesprochen. Die Vorsehung hat beide Staaten eng aneinander-gewiesen. Beide, die mächtigsten Stützpfeiler Deutschlands und die natürlichen Vertreter seiner europäischen Geltung, haben gemeinsam die Aufgabe, das Gleichgewicht der Mächte, den Frieden der Welt und die seit Jahrhunderten ererbte Ordnung der menschlichen Gesellschaft mit besonderer Sorgfalt zu bewahren; gleichzeitig aber haben sie auch für die Entwicklung Deutschlands im Innern und nach außen durch die größtmögliche Consolidirung seiner gemeinsamen organischen Einrichtungen, durch die Hebung seines Ansehens und die beständige Entfaltung seiner materiellen Interessen Sorge zu tragen. Die Wichtigkeit dieses doppelten Berufs für die gesammte Welt, für Oesterreich und Deutschland insbesondere ist in die Augen springend, und es gewährt daher einen schönen, erhebenden Anblick sondergleichen, beide Monarchen, ohnedies durch die Bande naher Verwandtschaft eng verknüpft, in hehrer Eintracht und freundlichstem Verkehre nebeneinander zu erblicken. Der strahlende Glanz und die Feste, welche dieses Zusammentreffen begleiten, sind der hohen Bedeutung desselben vollkommen angemessen und werden die Tage seiner Dauer in anhaltender, langjähriger Erinnerung überleben.“

Dasselbe Blatt berichtet: „Gestern Vormittags ward zu Ehren des Königs von Preußen auf dem Glacis eine der prachtvollsten militärischen Revuen abgehalten, die Wien jemals zu schauen Gelegenheit hatte. Die versammelte Truppenmenge betrug über 30,000 Mann von allen Waffengattungen. Es hatte sich bei diesem imposanten Schauspiel eine wahrhaft unermeßliche Volksmenge eingefunden; ein kurzer leichter Regen, der etwa um 9 1/2 Uhr einfiel, wich bald einer schönen sonnigen Witterung. Der König nahm an der Revue mit sichtlichem Wohlgefallen theil und ließ der ausgezeichneten Haltung unserer Truppen die vollste Anerkennung widerfahren. Gestern Abend fand eine Praterfahrt statt, welche den alten Ruhm unserer Residenz, die Theilnahme an den freudigen Festen des Kaiserhauses mit ganz besonderm Glanz und Eifer darzulegen, von neuem bewährte. Zwischen zwei Reihen von Zuschauern, die vom Stephansplatz an bis zu den Prateralleen sich aufstellten, während in diesen selbst dichtgedrängte Massen hin- und herwogten, begannen schon um 4 Uhr die Wagen, ebenso zahlreich als zum großen Theil elegant, sich in Bewegung zu setzen, und noch um 7 Uhr hatten die letzten die Ferdinandsbrücke kaum erreicht. Gegen 6 Uhr erschien der Kaiser mit dem Könige von Preußen in einem zweispännigen Wagen, der König der Belgier mit dem Erzherzog Franz Karl, der Prinz Karl von Preußen mit dem Erzherzog Albrecht, sodann die übrigen Mitglieder des Kaiserhauses, die Erzherzoginnen Sophie und Marie, der Erzherzog Ludwig und der Herzog von Brabant in einem Wagen. Nach dem Corso fand im Hoftheater die Aufführung der Oper „Rigoletto“ statt. Heute Abend wurde in der Winterreitschule das schon seit mehreren Wochen vorbereitete, mit wahrhaft fürstlichem Glanze ausgestattete Caroussel ausgeführt, wobei Kreuzritter mit Sarazenen, sämmtlich den höchsten Ständen und edelsten Geschlechtern entnommen, um den Preis rangen. Die Pracht der Costüme war außerordentlich, und schon bei der Hauptprobe gestaltete sich die Wirkung wahrhaft hinreißend.“

Die Wiener Zeitung berichtet: „Heute um 9 1/2 Uhr Vormittags empfing der König von Preußen die sämmtlichen Generale, dann Stabs- und Oberoffiziere der hiesigen Garnison. Der Kaiser stellte selbst die Generale und höhern Stabsoffiziere dem Könige vor, welcher nach der Vorstellung ungefähr folgende Worte sprach:

„Se. Maj. der Kaiser hat zu Berlin Worte an meine Offiziere gerichtet, die tief empfunden worden sind und unvergesslich bleiben werden. Ich bin nicht so eitel, hier durch meine Worte denselben Eindruck machen zu wollen; aber ich habe Ihnen eine frohe Kunde zu geben: des Kaisers Worte sind auf einen fruchtbaren Boden gefallen, und darf ich in Wahrheit die Versicherung geben: wenn wir je genöthigt werden sollten, das Schwert wieder gemeinsam für die höchsten Güter der Menschheit zu ziehen, so wird die Frucht von des Kaisers Worten durch Thaten bewährt werden. Ich versichere Ew. Maj., die ausgestreute Saat wird reiche Ernte bringen.“

Der König empfing weiterhin das diplomatische Corps, die Hofchargen und Hofstabe etc. Später hatte auch der Bürgermeister Dr. Ritter v. Seiler in Begleitung der beiden Gemeinderaths-vicepräsidenten Dr. Zelinka und Rhunn die Ehre, demselben die Aufwartung zu machen. Um 1 Uhr besuchten die allerhöchsten und höchsten Herrschaften das Arsenal und begaben sich von dort nach Schönbrunn zum Diner.“

— Ein kaiserliches Patent vom 31. März d. J., gültig für alle Kronländer, hebt das Salpetermonopol, bei Aufrechthaltung des Schießpulvermonopols, auf.

Aus Oesterreichisch-Schlesien, 17. Mai. Es ist unlängst von den Behörden eine Aufnahme des Viehstandes in den resp. Kronländern angeordnet worden, und obwol derselben nur jedenfalls statistische Zwecke zu Grunde liegen dürften, so ist doch allgemein unter dem Landvolke die gewiß irrige Meinung verbreitet, daß eine Viehsteuer im Anzuge sei, um

auch diesen Zweig der landwirtschaftlichen Thätigkeit zu einer ergiebigen Ressource für den Staatsschatz benutzen zu können. — In diesen Tagen haben gemeinschaftlich ein österreichischer und preussischer Oberfinanzrath unsere Grenzen hier inspirirt, um nach den betreffenden Stipulationen des Zoll- und Handelsvertrags die geeigneten Vorkehrungen zur Vereinigung der Grenzzollämter treffen zu können. Wie verlautet, soll eine größere Anzahl österreichischer Zollämter mit preussischen vereinigt werden, und umgekehrt nur wenige der letztern mit unsern, da es sich herausgestellt haben soll, daß die Lage in den meisten Fällen auf preussischer Seite günstiger ist. Unsere Grenzbeobachtung soll ganz nach preussischer Norm organisirt werden und würde der bisherige Wachkörper bis 1. Nov. seine Metamorphose erfahren, um später hier gemeinschaftlich mit dem preussischen die Grenzbeobachtung auszuüben.

— Die in Pesth erscheinende kirchliche Zeitschrift Religio hat die Frage, ob die alten Classiker in den Gymnasien nicht durch christliche Schriftsteller ersetzt werden sollen, einer ausführlichen Besprechung unterzogen. Der Cardinal-Erzbischof und Fürst-Primas, Johann v. Scitovský, hat an den Redacteur der genannten Zeitschrift, Hrn. Johann Danielik, hierüber ein in lateinischer Sprache abgefaßtes Schreiben gerichtet, in welchem es unter Anderm heißt:

Sowie ich einerseits innigst überzeugt bin, daß die Lecture heidnischer Autoren zur Heranbildung des christkatholischen Geistes der Schuljugend, republikanischer Schriftsteller zur Erweckung monarchischer Gesinnung und Gesittung, unzuchtiger und sündhafter Fabeln zur Erstarkung des moralischen Gefühls, daß endlich die Ideale des heidnischen Heroismus zum Beliebtmachen der Vorbilder christlicher Jugend durchaus kein geeignetes Mittel bilden, sondern in der Regel heidnische und republikanische, also radical gegen die europäische Ordnung anstrebende Tendenzen in der Jugend anregen, ja sie dazu entflammen müssen, so halte ich es andererseits für gewiß, daß durch Einführung christlicher Classiker in den Schulen und durch Beschränkung der Herrschaft heidnischer Autoren die Wissenschaften, die Cultur und die freien Künste keinen Schaden leiden, ja daß vielmehr alle diese Hülfsmittel des menschlichen Fortschritts unter dem Lichte der christlichen Wahrheit als Himmels-sonne, noch mehr gepflegt und vervollkommenet werden.

Schließlich ermahnt der Erzbischof die Redaction, diese Frage öfters zu berühren, „damit so diese höhere katholische Idee in die Herzen der Leser dringe“; aber sich zugleich vor übermäßigem Eifer, der Alles verdammt, zu hüten, denn es lasse sich nicht leugnen, daß unter den Schriftstellern aller Völker, die der Offenbarung nicht theilhaftig wurden, in den griechischen und römischen das Licht der Vernunft am meisten hervorleuchte.

— Unter der griechisch nicht-unirten Bevölkerung im Banate soll sich eine auffallende religiöse Bewegung kundgeben; namentlich treten im kraffer Comitatz ganze Gemeinden zum unirten Glaubensbekenntniß über, wie dies beispielsweise in der Gemeinde Vermeß der Fall war, von deren 1400 Einwohnern gegen 1200 auf ein mal zu Unirten wurden.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 20. Mai. Allgemeine Sensation erregt die heute von Bern auf telegraphischem Wege verbreitete Nachricht, daß der österreichische Gesandte abberufen wurde. Man ergeht sich in allerlei Muthmaßungen darüber. — Das Gerücht von dem Ultimatum Preußens wegen Neuenburg ist wieder verschollen. Es scheint aber doch nicht ohne allen Grund zu sein. Es läßt sich denken, daß der Bundesrath, eine zu große Aufregung in dieser ohnehin verwirrten Situation unsers Landes befürchtend, die jedenfalls sehr ernste Unterhandlung mit dem preussischen Cabinet noch geheim hält, in dem Glauben, es werde sich die Sache zum Guten wenden lassen.

— Zur Berichtigung der Angabe, daß durch den bairischen Gesandten bei der Eidgenossenschaft eine Verbalnote dem Bundesrath mitgetheilt worden sei, sagt der Bund in officiöser Weise: „Amtlich ist von Seiten Baierns in der fraglichen Angelegenheit (die politische Störung zwischen Oesterreich und der Schweiz betreffend) kein Schritt geschehen, wol aber hat Hr. v. Berger die Gelegenheit benützt, sich über dieselbe ohne directen höhern Auftrag auszusprechen. Hr. v. Berger steht übrigens persönlich in freundschaftlichen Beziehungen zu einigen Mitgliedern der eidgenössischen Verwaltung und seine wohlwollende Gesinnung für die frühere Heimat ist genugsam bekannt.“

Freiburg. Das Kriegsgericht hat gegen 14 flüchtige Individuen eine Edictalladung erlassen; an ihrer Spitze sind genannt die H. Charless, Griset de Forell und Maillard-Forell. Der Reihe nach werden die Milizen in die Stadt gezogen, um die verdächtigen Gemeinden zu besetzen. Der Staatsrath hat Sicherheitsmaßregeln gegen jeden etwaigen Entweichungs- oder Befreiungsversuch des Obersten Perrier getroffen. — Die Zwangsanleihe scheint nicht in Vollziehung gesetzt werden zu wollen, um so weniger, als gegründete Aussicht vorhanden sein soll, die betreffende Summe durch eine freiwillige Anleihe zu erhalten.

Italien.

Sardinien. Aus Turin vom 17. Mai wird der Kölnischen Zeitung geschrieben: „Gestern hat sich Graf San-Marzano, Adjutant des Herzogs von Genua, nach Paris begeben, wo er gleichzeitig mit dem Herzoge von Genua eintreffen wird, welcher sich direct von Dresden nach Paris begibt, um im Auftrage des Königs mit dem Kaiser der Franzosen über die sardinisch-österreichische Streitfrage, namentlich über die Sequestration der lombardischen Besitzungen sardinischer Unterthanen zu conferiren. Von Paris wird sich der Herzog von Genua nach London begeben.“

— Der Senat hat den von der Deputirtenkammer votirten Gesegenswurf, das Darlehen von 400,000 Fl. an die lombardischen Emigranten betreffend, einstimmig angenommen.

Frankreich.

* Paris, 21. Mai. Die Discussion des Einnahmebudgets hatte gestern eine ungewöhnliche Menge in den Saal des Gesetzgebenden Körpers gelockt. Das Hauptereigniß der Sitzung war die Rede des Hrn. de Montalembert, welche einen tiefen Eindruck auf die Versammlung hervorbrachte. Hr. de Montalembert sprach ungefähr folgendermaßen: Meine Herren! Ich will keine Rede halten, sondern nur einige Bemerkungen machen, um eine Gewissenspflicht zu erfüllen. Ich werde nicht den Muth des ehrenwerthen Hrn. de Klavigny haben, aber ich unterschreibe vollkommen Alles, was er über die Lage gesagt hat, in der wir uns augenblicklich befinden. Gleich ihm kann ich die Lage des Gesetzgebenden Körpers nicht für ernsthaft ansehen. Der Präsident: Hr. de Montalembert, ich kann Sie nicht fortfahren lassen. In der Stellung des Gesetzgebenden Körpers ist Alles ernsthaft. Ein Angriff auf diese Lage ist ein Angriff auf die Verfassung selbst, die Sie beschworen haben. Hr. de Montalembert: Ich spreche nicht von der Verfassung, sondern nur von der Lage, in welche man den Gesetzgebenden Körper versetzt hat, weil ich nicht will, daß man mein Schweigen als eine Billigung auslege, weil ich nicht will, daß man den Satz: Wer nichts sagt, gibt seine Einwilligung zu erkennen, auf mich anwende. Ich stimme aus zwei Gründen gegen das Budget, erstens, weil es das Senatusconsultum vom 25. Dec. bestätigt, das dem Gesetzgebenden Körper jede Controle über die Finanzangelegenheiten entzieht, und zweitens, weil es das Decret vom 22. Jan. sanctionirt, welches die Familie Orleans beraubt hat. Ich stimme gegen das Budget, weil die erwähnten Decrete das Licht daraus entfernt haben, um die Confiscation hineinzutragen. Was man Ihnen zu votiren zumuthet, meine Herren, ist ein Attentat auf die Unabhängigkeit einer französischen Versammlung und thut den gewissenhaftesten Bedenken, die wir als ehrliche Männer hegen müssen, Gewalt an. Man muthet uns zu, daß wir thun sollen, was die Republikaner und Socialisten im Jahre 1848 nicht thun wollten und was selbst der Staatsrath, wiewol ausdrücklich in seiner Unabsehbarkeit bedroht, mit einer Mehrheit von nur Einer Stimme sanctionirte. (Sensation auf der Bank des Staatsraths.) Mein vom Ausschuss verworfenes Amendement zwingt mich, das Budget zu verwerfen. Handelte ich anders, so würde ich dadurch meine Einwilligung zu der schmachlichsten Confiscation geben. Der Präsident: Ich kann den Redner nicht fortfahren lassen. Eine Stimme: Nun denn, so ziehen Sie den Artikel zurück. Hr. de Montalembert: Ich bin erstaunt, zu sehen, daß der Präsident, welcher der Advocat des Herzogs von Aumale gewesen ist, mich heute hindern will, die Vertheidigung einer verbannten Familie zu übernehmen. Der Präsident: Als ich die Familie Orleans vertheidigte, griff sie weder die Verfassung noch die Gesetze an. Hr. de Montalembert: Wenn ich die Decrete nicht angreifen kann, so kann ich wenigstens die Erwägungsgründe angreifen. Es heißt in denselben: „Den Prinzen der Familie Orleans wird immer noch genug übrig bleiben, um einen ehrenvollen Rang einzunehmen.“ Das ist ganz die nämliche Sprache, welche man vor drei Jahren führte, wo es hieß: „Wenn wir Hrn. de Montalembert oder jedem Andern die Hälfte seines Vermögens nehmen, so werden sie noch reich genug sein.“ Was mich betrifft, so weise ich die Solidarität für eine solche Handlung von mir. Ich desavouire die Verantwortlichkeit, welche man uns aufbürden will. (Sehr gut, sehr gut!) Der Redner endigte, indem er die Worte Napoleon's im Staatsrath anführte: „Mit allen meinen Armeen kann ich mich keines Ackerfeldes bemächtigen. Das Recht des Eigenthums in einem Einzigen verletzen, heißt es in Allen verletzen.“ Auch berief sich Montalembert auf den Ausspruch Bossuet's: „Gegen Unbilligkeit und Gewalt hört das Vertheidigungsrecht nicht auf.“ Hr. Granier aus Cassagnac antwortete Hrn. de Montalembert, es thäte ihm schmerzlich leid, einen so ausgezeichneten Mann sich auf solche Weise verirren zu sehen. Er gab Hrn. de Montalembert zu verstehen, wie sehr er seine frühere Opposition gegen die Juliregierung hinterher bedauert habe. Hr. de Montalembert antwortete: er habe die gegenwärtige Regierung unterstützt und zu denen gehört, welche am meisten zu deren Gründung beigetragen hätten. Aber er müsse sich von ihr trennen, wenn sie den Rechtsboden verlasse. Hierauf ergriff Hr. Baroche das Wort. Er beschränkte sich hinsichtlich der Decrete vom 22. Jan. darauf, zu bemerken, es sei nicht Sache des Gesetzgebenden Körpers, über bestehende Gesetze zu streiten, für welche die Regierung verantwortlich sei. Was den Vorwurf der Servilität betreffe, welcher gegen den Staatsrath vorgebracht sei, so erklärte Hr. Baroche, der Staatsrath habe ebenso gewissenhaft abgestimmt als Hr. de Montalembert selbst. Das Budget wurde genehmigt. Die Minorität bestand nur aus vier Stimmen, doch enthielten sich mehre Mitglieder der Abstimmung. Hr. de Montalembert ging vor der Abstimmung weg.

Wir haben bereits berichtet, daß der Gesetzentwurf einer Dotation für die Witwe des Marschalls Ney von 300,000 Fr. auf großen Widerstand in der mit dessen Prüfung beauftragten Commission gestoßen ist, so daß dieselbe den Kaiser um Zurücknahme desselben gebeten hat. Jetzt bringt der Moniteur ein Schreiben der Marschalls Wittve an den Kaiser, worin sie auf die Dotation verzichtet, und das folgenderweise lautet: „Sire! Als ich die Ehre hatte, mich an Ew. Maj. zu wenden und von Ihrer Gerechtigkeit eine Erleichterung meiner Lage zu erbitten, faßten Sie den großmüthigen Gedanken, einen Gesetzentwurf zu entwerfen, dem zufolge mir die rückständige Pension nachgezahlt werden sollte, die ich als Witve eines Marschalls von Frankreich von 1815 — 30 bezogen haben würde, wenn der Marschall Ney nicht als Opfer einer schändlichen Reaction gefallen wäre. Tief gerührt von der wohlwollenden Initiative Ew. Maj., glaubte ich mich berechtigt, zu hoffen, daß sie einstimmig von den politischen Körpern, welche bei den

Handlungen Ihrer Regierung mitwirkten, aufgenommen werde. Dem war jedoch nicht so. Was ich mit Erkenntlichkeit als eine schwache, aber gerechte Vergütung des mir und meinen Kindern zugefügten materiellen Unrechts angenommen hätte, was ich vom Gesichtspunkte der Billigkeit zu verlangen berechtigt war, hat man mit den feierlichen Formen einer Nationalbelohnung bekleiden wollen, über welche Ehrenbezeugung ich am allerwenigsten mich zu beklagen hatte. Heute aber, während man sich im Gesetzgebenden Körper vorbereitet, auf Veranlassung der Reclamationen einer armen Frau schmerzliche Debatten über das Andenken ihres Mannes zu eröffnen, kann ich nicht zugeben, daß der Name des erhabenen Opfers wegen einer Geldfrage zur Nahrung für Discussionen der Parteien diene. Deshalb bitte ich, Ew. Maj., den mich betreffenden Gesetzentwurf zurückzunehmen.“ Der Bitte der Madame Ney, die übrigens seit 1830 eine jährliche Pension von 20,000 Fr. bezieht, ist Genüge geschehen. — Dem Staatsrath liegt ein Gesetzentwurf vor, dem zufolge die Verwaltung der Colonien der Controle der beiden großen Staatskörper entzogen werden soll. Im Senate soll sich ein Widerstand dagegen vorbereiten, wie er sich auch bereits gegen einzelne Bestimmungen des Pensionsgesetzes und namentlich gegen die Altersbestimmung für den Austritt aus dem activen Dienste im Generalstabe gezeigt hat.

— Der Brief der Marschallin Ney ist im Moniteur, wie man der kölnischen Zeitung aus Paris schreibt, nicht in seiner ursprünglichen Fassung eingerückt worden; der Wortlaut habe vielmehr verschiedene Abänderungen erlitten. Wie dem auch sein möge, die Mitglieder des Gesetzgebenden Körpers fühlten sich aufs äußerste durch das Schreiben verletzt, welchem die Ehre der Deffentlichkeit zutheil wurde. In Betreff dieses Briefes sagt E. de Girardin in der „Presse“: „Eine gehässige Reaction kann also aus der Todesstrafe ein gegen erlauchte Schlachtopfer gerichtetes Werkzeug machen. Kann es eine vollständige Verdamnung der Todesstrafe für politische Vergehen geben?“ — In gewissen Deputirtenkreisen war die Rede davon, die Regierung habe angesichts der hartnäckigen Opposition des Gesetzgebenden Körpers gegen die Wiederherstellung der Todesstrafe den Entschluß gefaßt, den Gesetzentwurf in Betreff des Art. 87 zurückzuziehen. Die Todesstrafe würde dem neuen Plane gemäß nur für Attentate auf das Leben des Kaisers festgesetzt werden und die Bestimmungen hinsichtlich der Mitglieder der kaiserlichen Familie würden Abänderungen erleiden. (Der Art. 87 ist nach einer andern Mittheilung wirklich von der Regierung zurückgezogen.)

— Graf v. Thieffries war von dem Tribunal in Valenciennes wegen Verbreitung des Manifestes des Grafen von Chambord zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden. Der Gerichtshof von Douai erkannte das Princip der Verurtheilung an, verwandelte aber die Gefängnißstrafe in eine Geldstrafe. Hr. v. Thieffries legte gegen das Urtheil Appell ein und der Cassationshof annullirte das Urtheil des Gerichtshofs von Douai mit der Grundanführung, daß die incriminirte Handlung weder ein Verbrechen noch ein Vergehen sei. Der Proceß wurde demnach an den Gerichtshof von Amiens verwiesen, der nach einer glänzenden Vertheidigung des Hrn. Creton, ehemaligen Volksrepräsentanten, nach einer sehr kurzen Berathung den Grafen v. Thieffries freisprach.

— Dem Morning Chronicle wird aus Paris geschrieben: „Kein hiesiges Blatt wagt die Nachrichten zu veröffentlichen, die der St. Andre und der Chaptal aus Konstantinopel gebracht haben. Die Regierung hat allen Journalen das tiefste Schweigen über Alles auferlegt, was die auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs betrifft; abgesehen davon, daß der kaiserliche Procureur vom Polizeiminister dem Auftrag hat, auf sogenannte fausses nouvelles zu passen. In kaiserlich gesinnten Kreisen klagt man laut über die dem König Leopold in Wien gewordene Aufnahme. Die Bonapartisten sehen darin und in verschiedenen ähnlichen Umständen den Beweis, daß die Herrscher Europas sich das Wort gegeben haben, das französische Staatsoberhaupt bei jeder Gelegenheit zu ignoriren. Sie erklären, daß die scheinbaren Privatbesuche der Monarchen in Wirklichkeit eine politische Verabredung zum Zwecke haben. Drei der kaiserlichen Adjutanten, Oberst de Beville, Oberst Edgar Ney und Oberst Fleury sollen in tiefe Ungnade gefallen sein. Ueber das Warum ist mir nichts zu Ohren gekommen. Endlich erzählt man sich, daß im Bois de Boulogne ein Individuum (das dritte seit einigen Wochen) verhaftet wurde, welches im Verdacht steht, ein Attentat gegen den Kaiser beabsichtigt zu haben. Die Beweise gegen ihn seien sehr vager Natur gewesen, aber der Sicherheit wegen habe man den armen Wicht ohne viel Federlesens nach Cayenne transportirt.“

— Man will in den Staatsarchiven ein Document entdeckt haben, durch welches der Schah von Persien im Jahre 799 die Heiligen Stätten an Karl den Großen abgetreten hat.

— Die Union nimmt von den Vorgängen in Wien Anlaß, auf die veränderte Haltung, welche König Leopold in letzter Zeit angenommen habe, und auf dessen engere Verbindung mit England und den nordischen Mächten hinzuweisen. Sie hebt hervor, daß bei der großen Parade in Wien zu Ehren des Königs Leopold der französische Gesandte nicht zugegen war.

Großbritannien.

† London, 20. Mai. Gestern Nachmittag hatte eine Deputation der Citywähler eine officielle Besprechung mit Lord J. Russell wegen der zum siebenten male durchgefallenen Judenbill. Lord John bekannte, daß auch ihn die Entscheidung des Oberhauses unangenehm überrascht habe, da er keine so große Majorität gegen die Bill erwartete. Einer neuen Bill könnte er in dieser Session kein Glück weisagen. Schließlich bestellte er die Deputation zum 21. Mai wieder. — In einem Artikel über die orientalische Frage sagt die Times, es sei gestern auf der russischen Gesandtschaft in

schaft in
Mentisch
Sigung,
eine neue
sichtige.
Aenderun
hurst) lie
die Frage
Reform
Wood
sorgniß
noch grün
basiren z
comité, u
Jrsand an
der für
Pf. St.
kung, das
(von etwa
wegen M
diese Beh
Zulage au
sation über
auf Abzie
verneint n
Haufe, mi
nicht fetter

Borg
Meeting
affaire. M
Bright un
zugleich im
Parlament
eine gegen
die Whigs
einzuschmu
Popay, 18
1853 septe
Gutachten
einer guter
feindin ver
anwendung
an das Un
1853 vorz
würde. U

Der
„Geld ober
Verhör bei
zu erhalten
verlautet,
und aus d
Strenge.

— Die
Polizeig
hatten zwei
Uhr standen
unterwegs
sparsniß an
hörden ist
nachrichtig
hörigen gen

Aus
„Der Sen
kürzlich dur
untersuchen.
effanten Del
die Nachrid
genommen
einigungen
liche Geseger
den, wie ih
jere der bei
Baron van
zeitig Senat
Festigkeit ve
theidigen, di

Aus
auf 15 Sc
testantisch-ab
den Katholik

Δ Poser
Frühjahre

schaft in Paris die Nachricht eingetroffen, daß die Pforte das vom Fürsten Mentchikow gestellte Ultimatum angenommen habe. — In der gestrigen Sitzung des Unterhauses fragte Hr. Milner Gibson, ob die Regierung eine neue Bill behufs der Emancipation der Juden einzubringen beabsichtige. Lord J. Russell glaubt, es werde gerathener sein, eine Bill zur Aenderung des Parlamentsrechts einzubringen; eine solche (von Lord Lyndhurst) liege bereits dem Oberhause vor und dürste, im Falle der Annahme, die Frage lösen. Lord J. Russell kündigte sodann die Vorlegung der indischen Reformbill durch den Präsidenten des indischen Controlamtes, Sir C. Wood, auf den 3. Juni an. Hr. Rich drückt die allgemein gehegte Besorgnis aus, daß die Untersuchungen des indischen Comité weder vollständig noch gründlich genug gewesen seien, um darauf eine befriedigende Maßregel basiren zu können. Das Haus constituirte sich darauf als Bewilligungscomé, und als nach Vortrags mehrerer Posten die öffentlichen Gebäude in Irland an die Reihe kamen, stellte Hr. Spooner das Amendement, von der für Reparaturen im Maynooth-Seminar bewilligten Summe 1235 Pf. St. 18 Schill. abzuziehen. Hr. Williams secundirte, mit der Bemerkung, das Parlament habe 1845, bei Bewilligung der Maynooth-Subsidie (von etwa 30,000 Pf. St. jährlich), die Zusicherung erhalten, daß man es wegen Maynooth nicht weiter belästigen werde. Sir J. Graham berichtet diese Behauptung, indem ausdrücklich die Nothwendigkeit einer jährlichen Zulage auf Reparaturen erwähnt worden sei. Nach einer langen Conversation über das unliebsame Thema stellte Hr. Williams ein Amendement auf Abziehung von 1481 Pf. St., welches mit 80 gegen 43 Stimmen verneint wird. Hr. Spooner's Amendement geht aber, bei ziemlich leerem Hause, mit 74 gegen 54 Stimmen durch, ein Triumph, der die Hochkirche nicht fetter und in Irland nicht beliebter machen wird.

Vorgestern Abend war wieder ein sogenanntes Anti-Spionage-Meeting in Southwark. Diese Demonstrationen sind seit der Rotherhithe-affaire Mode geworden. Lord Dudley Stuart, Sir J. Balmfley, Hr. Bright und Andere entschuldigten brieflich ihre nothgedrungene Abwesenheit; zugleich im voraus ihre Zustimmung zu den Resolutionen erklärend. Das Parlamentsmitglied Pellatt führte den Vorschlag, und Hr. Newman, der eine gegen die Times gerichtete Resolution unterstützte, erinnerte daran, daß die Whigs, so oft sie am Ruder waren, das Spioniersystem in England einzuschmuggeln versucht hätten. Im Jahre 1833 hätten sie den notorischen Popay, 1848 die Spione Powell und Davis verwendet. Aber im Jahre 1853 setzte das Unterhaus deshalb ein Untersuchungscomité ein, welches sein Gutachten dahin abgab, daß die politische Geheimpolizei den Grundsätzen einer guten Regierung widerstreite; daß die Executive dadurch in eine Volkseindin verwandelt werde und in die Lage komme, sich nur durch Gewaltanwendung behaupten zu können. Hr. Newman schlägt daher eine Petition an das Unterhaus um Einsetzung eines ähnlichen Untersuchungscomité für 1853 vor; indem er nicht zweifelt, daß das Resultat dasselbe wie 1833 sein würde. Die Petition wurde einstimmig angenommen.

Der Handlungsreisende Wilson, welcher von Hr. Gladstone „Geld oder Anstellung“ erbrohen wollte, kam gestern zum dritten mal zum Verhör beim Polizeigericht, aber anstatt eine summarische gelinde Strafe zu erhalten, wurde er dem Geschworenengericht überwiesen. Er hat, wie verlautet, früher auch andern Ministern die Pistole auf die Brust gesetzt, und aus dieser Speculation ein förmliches Geschäft gemacht. Daher jene Strenge.

Die National-Zeitung berichtet aus London vom 19. Mai folgende Polizeigeschichte: „Vorgestern Nacht auf der Kirchweih zu Hampstead hatten zwei Gardisten die Constabler geprügelt. Gestern Morgen um 10 Uhr standen sie vor dem Polizeirichter und eine Stunde später waren sie unterwegs nach dem Arbeitshause auf vier Monate. Gewiß eine große Ersparnis an Arbeit, Zeit und Geld. Von einer Zuziehung der Militärbehörden ist gar keine Rede; sie werden nicht einmal von Amts wegen benachrichtigt, sondern haben sich selbst zu bekümmern, was aus ihren Angehörigen geworden.“

Belgien.

Aus Brüssel vom 19. Mai schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Der Senat ist auf den 24. Mai zusammenberufen, um die verschiedenen, kürzlich durch die Repräsentantenkammer angenommenen Gesetzentwürfe zu untersuchen. Der Gesetzentwurf über die Bürgergarde dürfte zu interessanten Debatten Veranlassung geben. Man kann sich nicht verhehlen, daß die Nachricht dieser Reform auf verschiedenen Punkten des Landes übel aufgenommen worden ist. In Antwerpen und Lüttich insbesondere fanden Vereinigungen aller Offiziere der Bürgergarde deshalb statt, und sollte der fragliche Gesetzentwurf von dem Senate in derselben Fassung angenommen werden, wie ihn die Repräsentantenkammer votirt hat, so sind fast alle Offiziere der beiden oben erwähnten Städte entschlossen, sich zurückzuziehen. Der Baron van Havre, Colonelchef der Bürgergarde in Antwerpen, ist gleichzeitig Senator; als Mann, der mit großen Fähigkeiten eine unerschütterliche Festigkeit vereinigt, ist er entschlossen, aufs äußerste eine Institution zu verteidigen, die im Nothfalle die größten Dienste leisten könnte.“

Niederlande.

Aus dem Haag, 20. Mai. Das Ergebnis der Wahlen ist bis auf 15 Scrutinien bekannt. Von 41 Wahlen gehören 22 der ultraprotestantisch-absolutistischen Partei an, 19 den gemäßigten Protestanten und den Katholiken, deren Vereinigung die liberale constitutionelle Partei bildet.

Rußland.

Δ Posen, 20. Mai. Aus Kalisch meldet man heute, daß das große Frühjahrsmanöver, welches zu Anfang des nächsten Monats in der

Nähe jener Stadt statthaben sollte, plötzlich abbestellt worden ist und daß die Truppen, die zu den Uebungen aus dem Süden des Königreichs erwartet wurden, nunmehr in ihren Standquartieren verbleiben. Selbst zu den Heeresübungen bei Warschau soll diesmal ungleich weniger Militär concentrirt sein, als dies früher der Fall war. Man ist geneigt, diese Anordnungen mit der dermaligen Lage der orientalischen Angelegenheit in Verbindung zu bringen, die nach den polnischen Blättern ihrer schließlichen Lösung keineswegs so nahe ist, als die westlichen Zeitungen glauben machen wollen, zumal die Forderungen des Fürsten Mentchikow sich nicht bloß auf das beanspruchte Protectorat über sämtliche Griechen, im türkischen Reiche, sondern auch auf die Abtretung eines namhaften Hafens beziehen, wovon die Pforte wol so leicht nicht willigen dürfte. — Als interessante Neuigkeit berichtet man aus Kalisch, daß gegen eine namhafte Anzahl katholischer Geistlichen deshalb eine Untersuchung eingeleitet worden sei, weil sie es gewagt haben, eine Petition behufs Herbeiführung der Jesuitenmissionen nach Polen an die Regierung zu richten. Man ersieht daraus, daß in dem specifisch katholischen Königreiche Polen der katholische Klerus es sich doch nicht herausnehmen darf, Uebergriffe in das Gebiet der weltlichen Autorität zu versuchen. Wahrscheinlich wird den betreffenden geistlichen Herren ihr politisch-religiöser Eifer schlecht bekommen, denn die russische Regierung scheint an die Harmlosigkeit der Emissare der Gesellschaft Jesu keineswegs glauben zu wollen.

Griechenland.

Die Triester Zeitung meldet aus Athen vom 13. Mai: „Die nordamerikanische Fregatte Cumberland hat den Gesandten der Vereinigten Staaten in der Angelegenheit des amerikanischen Missionars King zum zweiten male nach Athen gebracht; King fodert von der griechischen Regierung nicht weniger als 300,000 Drachmen Schadenersatz.“

Türkei.

Eine am 21. Mai in Wien eingetroffene telegraphische Depesche meldet aus Konstantinopel die Einsetzung eines neuen türkischen Ministeriums. Mustapha-Pascha ist Großvezier; Mehmed Ali-Pascha, der frühere Großvezier, Kriegeminister; Ali-Pascha, Neufürer; Fuad-Effendi, Inneres; Rifaat-Pascha, Justiz. Die Unterhandlungen dauern fort. Der Termin des Ultimatus wurde verlängert.

— Man schreibt der Triester Zeitung aus Konstantinopel vom 9. Mai: „Was die Verhandlungen mit dem Fürsten Mentchikow betrifft, so wurde demselben neulich eine Abschrift des gegenwärtig von der Pforte in der Angelegenheit des Heiligen Grabes ausgestellten Fernmans mitgetheilt. Darin wird, wie man sagt, bloß der lezthin besprochenen zwei Punkte Erwähnung gethan. Neulich sind nun aus Petersburg Depeschen an Fürst Mentchikow angelangt. Wohlunterrichtete Personen behaupten, daß das Cabinet das bisherige Verfahren des Fürsten gebilligt und demselben aufgetragen habe, die Forderungen, welche den Gegenstand der ihm anvertrauten Sendung bilden, weiter zu verfolgen. Im Sinne dieses Auftrags soll der Fürst neuerlich Anerkennung der Unabhängigkeit Montenegros und Regelung der zukünftigen Verhältnisse des griechischen Patriarchats bei der Pforte verlangt haben. Die Antwort der letztern ist nicht unmittelbar, sondern erst nach zwei Tagen erfolgt, und sei, sagt man, der neulich erlassenen Entscheidung des Sultans gemäß, welche die den Verhandlungen zu gebende Richtung festsetzte, nämlich verneinend ausgefallen. Es scheint hinlänglich beglaubigt zu sein, daß das russische Cabinet der Pforte für den Fall, daß sie den Wünschen des Kaisers Nikolaus nachgeben wollte, zu wiederholten malen seinen Beistand angeboten habe, daß man jedoch denselben, weil die Türkei von keiner Macht bedroht sei und somit keine Nothwendigkeit für das Einschreiten einer russischen Hülfarmee vorliege, abgelehnt habe. Die Pforte macht namentlich geltend, daß der russische Beistand in der Angelegenheit der Heiligen Stätten, da dieser Gegenstand für die Pforte ganz gleichgültig ist, unnötig erscheine, in den andern Angelegenheiten aber, welche nur Separatforderungen des russischen Kaisers sind und deshalb den Protest der westlichen Großmächte hervorgerufen haben, bei dem vom Sultan ausgesprochenen Princip «der Zufriedenstellung aller Mächte» gar nicht angeprochen werden könne. Fürst Mentchikow hat durch einen einfachen Kawak (Polizeidiener) die Mittheilung der Pforte an dieselbe zurückgehen lassen und ihr bedeutet, daß er innerhalb acht Tagen ein Ja oder Nein in Betreff seiner Forderungen erwarte, widrigenfalls er mit der Gesandtschaft Konstantinopel verlassen werde. Auf solche Art gedrängt, hat die Pforte kategorisch Lord Redcliffe und Hr. de la Cour befragt, ob man ihr Hilfe zu leisten sich bereitfinden werde. Demgemäß wurde in den zwei Gesandtschaften gestern bis spät in die Nacht gearbeitet und das französische Stationschiff Chaptal gegen Mitternacht mit englischen und französischen Depeschen nach Marseille abgesendet.“

Der Sémaphore von Marseille gibt folgende Erklärung über die fast gleichzeitige Ankunft des Chaptal und des Caradoc: „Die specielle Absendung der beiden Schiffe erklärt sich auf ganz natürliche Weise. Man hat in der That durch den Scamandre erfahren, daß die Gesandten der bei der orientalischen Frage beteiligten Mächte aufgefodert worden waren, sich am folgenden Tage zu versammeln, um die den diplomatischen Schwierigkeiten zu gebende letzte Lösung anzuhören. In dieser Versammlung sollte jede Macht ihr Ultimatum bekannt machen, und es ist ohne Zweifel wegen des Resultats einer so wichtigen Conferenz, daß die Gesandten Frankreichs und Englands ihre Depeschen durch außerordentliche Kuriere befördert haben. Man muß nicht außer Acht lassen, daß das gewöhnliche Dampfboot Tags vorher Konstantinopel verlassen hatte, und die Gesandten nicht acht

Lage warten konnten, um ihre Depeschen abzuschicken. Man begriff jedoch wol, daß man sich, ehe man den Inhalt dieser Depeschen kennt, nicht beunruhigen darf."

Nach einem konstantinopler Schreiben der Allgemeinen Zeitung sei es sehr bemerkenswerth, daß allmählig unter den Griechen sich auch Stimmen gegen die russischen Forderungen vernehmen lassen, namentlich insofern diese die Stellung des Patriarchen betreffen. Von der Geistlichkeit besonders sprachen sich viele dagegen aus. Dieser Umschlag habe verschiedene Ursachen. Einestheils fänden manche Kanarioten, die auf die Wahl des Patriarchen Einfluß hätten, es keineswegs als in ihrem Interesse liegend, daß der Patriarch auf lebenslang seine Würde behalte; sie fänden im Gegentheil eher ihren Vortheil dabei, wenn der Patriarch öfter wechselte, da, wer den Patriarchenstuhl besteigen wolle, stets mit bedeutenden Summen sich die Stimmen seiner Wähler erkaufen müsse. Der Patriarch seinerseits verkaufe, um sich schadlos zu halten, dann wieder die niedern geistlichen Stellen. Ehrenwerthere Gründe des Widerstrebens gegen Rußland finde man bei andern, die nationale Partei repräsentirenden Griechen. Ihrer Ansicht nach sei es Griechenland, das bei einseitigem, nahem oder fernem Erlöschen der osmanischen Herrschaft diese Erbschaft anzutreten am meisten berechtigt sei. Eben darum aber wollen sie nicht, daß der Patriarch und mit ihm die ganze griechische Kirche in solche Abhängigkeit von Rußland gerathe. Sie fürchten diese Hingabe an den Schutz Rußlands, weil sie die künftige Unterthänigkeit schon in sich begreife.

Der Times-Correspondent aus Paris berichtet, daß er durch Privatbriefe aus Konstantinopel folgende höchst bezeichnende Thatsachen erfahren habe. „Russische Agenten“, sagt er, „durchstreifen vor kurzem Numelien und verbreiteten unter den Griechen die Nachricht, daß die Türken die Absicht hätten, während der Osterfeiertage über die Christen herzufallen und sie niederzumetzeln; den Türken dagegen wurde zu verstehen gegeben, daß die Prophezeiung des Mönchs Agathangelos, welche die Dauer des muslimännischen Reichs in Europa genau auf 400 Jahre beschränkt, in Erfüllung zu gehen drohe, und daß die Griechen zu Ostern ein Blutbad unter den Türken anrichten wollten. Der russische Consul in Salonichi berief alle seine europäischen Collegen zu sich und eröffnete ihnen, daß er aus dem Innern Numeliens bestimmte Kunde von einer türkischen Verschwörung gegen die Christen erhalten habe. Der österreichische Consul unterstütze ihn in seinen Befürchtungen und Behauptungen, und in Folge davon richteten sie an den Pascha eine gemeinsame Note, die der englische Consul allein nicht unterzeichnete. Zugleich zeigt sich jetzt, daß der russische Consul die Befehle erhielt, durch ganz Europa telegraphiren zu lassen, das Gemüth habe wirklich stattgefunden.“

Der französische Gesandte hat nach Meldung der Triester Zeitung Fuad-Effendi einen Besuch in voller Uniform abgestattet.

Das officiöse Journal de Constantinople bringt eine Darstellung und Erörterung der letztentstandenen griechisch-türkischen Differenzen, an deren Schlusse es heißt: „Wir wollen die Dinge mit ihrem wahren Namen nennen. Die Türkei kann gegenwärtig weniger als je an eine Störung des Friedens denken, geschähe dies auch, um das legitimste Recht gegen einen schwachen Feind geltend zu machen. Ihre Reclamationen bezüglich der erwähnten Dörfer sind gerecht; die Schutzmächte werden die Erfüllung ihres gerechten Verlangens nicht abschlagen, da sie selbst jede gebührende Satisfaction gibt. Sie hat es nicht nöthig, sich um diese kleine Grenzangelegenheit viel zu kümmern, die jedenfalls in friedlicher, nur allzu lange hinausgeschobener, ihren Rechten angemessenen Weise erledigt werden wird.“ Die griechische Regierung hält die drei von der Türkei reclamirten Grenzdörfer bis zur Entscheidung der Angelegenheit mit Militärmacht besetzt.

Smyrna, 11. Mai. Um den Mißhandlungen, denen die Juden, wie jüngst gemeldet wurde, hier ausgesetzt sind, ein Ende zu machen, hat der Gouverneur einen Befehl erlassen, dem zufolge jeder Grieche unter 18 Jahren, welcher einen Juden thätlich beleidigt, mit 25, jeder über 18 Jahre mit 50 Streichen auf die Fußsohlen bedroht wurde. Dieser Befehl wurde in den Straßen und in den Kirchen verlesen. Es kamen allerdings noch einige Mißhandlungen vor, allein da die Thäter auf frischer That ertrappt und wie vorgeschrieben bestraft wurden, so hat die Furcht die Ruhe einweilen wiederhergestellt. Indessen ist die Gährung noch immer nicht vollständig bewältigt. Gestern Abend ließ der Gouverneur einen griechischen Winkelschreiber verhaften, der in den Kaffeehäusern den Aufstand gegen die Regierung öffentlich predigte, und dem griechischen Consul die Anzeige davon zugehen, mit dem Ersuchen, die Bestrafung nach griechischem Gesetze zu veranlassen.

Auf der Insel Chalkis bei Konstantinopel hat bekanntlich an den griechischen Osterfeiertagen ein Aufstand stattgefunden. Es war neuerlich dort verboten worden, anderswo als auf dem Kirchhofe zu schießen. Ein Grieche brannte einem ihm begegnenden Kawaffen auf der Straße eine Pistole gerade ins Gesicht ab. Dieser zog seinen Yatagan und hieb damit auf den Griechen ein. Es mischten sich bald andere Griechen und türkische Soldaten in den Streit, die ganze Stadt gerieth in Aufruhr und der Gouverneur Selim-Bey befahl endlich durch Flintenschüsse die Kämpfenden zu trennen, bei welcher Gelegenheit 15 Griechen mehr oder weniger verwundet und einige getödtet wurden. In Konium (auf den Marmorainseln) spielen noch blutigere Auftritte während der Ostern vor. Dort besigen die Griechen keine Glocken auf ihren Kirchen und benutzen statt derselben Bretter, auf die sie mit Hämmern schlagen. Der türkische Pöbel wollte dies

verhindern. Es kam anfangs zum Wortwechsel und endlich soweit, daß die Türken in die Kirche stürzten, die Bretter abriffen, sämtliche Bilder und die heiligen Gefäße zerschlugen, die Priester mißhandelten etc. Von beiden Seiten gab es Todte und Verwundete. Man hat von Konstantinopel Truppen nach den genannten Inseln geschickt, um die Ruhe wiederherzustellen und die Untersuchung gegen die Schuldigen einzuleiten. Von Seiten des türkischen Gouvernements bietet man Alles auf, um die Ruhe zu erhalten.

Nachrichten aus Jerusalem (in französischen Blättern) melden, daß die Oesterceremonien in dieser Stadt zu ärgerlichen Auftritten zwischen griechischen und armenischen Christen gegeben haben. Die Anwendung von Waffengewalt war einmal nöthig, um die Streitenden zu trennen.

Nach einem dem Nürnberger Correspondenten mitgetheilten Handelschreiben aus Konstantinopel vom 9. Mai hat ein von einer englischen Gesellschaft vorgelegtes Project zum Bau einer Eisenbahn von Konstantinopel an die österreichische Grenze die großherrliche Genehmigung erhalten.

Merika.

Das Eisenbahnglück auf der Bahn von Neuyork nach Newhaven (Nr. 117) ist durch die Nachlässigkeit des Locomotivführers veranlaßt worden. Der von Boston kommende Zug, aus vier Passagier- und zwei Gepäckwaggons bestehend, stürzte von einer Zugbrücke in den Fluß Norwalk, eine Tiefe von 60 Fuß, hinab. Der ganze Zug ward vom Wasser verschlungen, die Passagiere wurden theils erdrückt, theils ertranken sie. 45 Personen waren auf der Stelle todt, viele andere wurden lebensgefährlich verwundet. Die Zugbrücke war eben gehoben worden, um ein Dampfboot durchzulassen, und der Zugführer, anstatt zu halten, fuhr mit einer Geschwindigkeit von 20 Miles die Stunde weiter und daher in den Abgrund.

Nach den neuesten Nachrichten aus Neuyork, die bis zum 7. Mai reichen, ist David Merewether von dem Präsidenten zum Gouverneur von Neumexico an Stelle des Gouverneurs Lane, bekannt wegen der von ihm angeregten Grenzstreitigkeiten, ernannt worden.

Aus Mexico schreibt man über Washington, daß Graf Raouffet de Boulbon wieder einen Einfall in der Provinz Sonora vorbereitet und zu dem Zweck eine Bande von 1000 Franzosen angeworben hat. Wenn die Californier seiner Einschiffung in San-Francisco nichts in den Weg legen, so dürfte er diesmal größere Aussicht auf Erfolg haben als das letzte Mal, da es in Mexico wieder von Malcontenten wimmelt.

Nach Berichten aus der Havana blüht der Sklavenhandel in alter Weife fort. Erst am 28. April landete das berühmte Sklavenschiff Lady Suffolk eine Ladung von 600 afrikanischen Sklaven bei Matanzas.

Handel und Industrie.

Leipzig, 23. Mai. Leipzig-Dresdner 220 Br.; Sächsisch-Bairische 91 1/2 G.; Sächsisch-Schlesische 103 1/2 G.; Löbau-Zittauer 34 Br.; Magdeburg-Leipziger 325 Br.; Berlin-Anhaltische 139 Br., 138 1/2 G.; Berlin-Stettiner —; Köln-Mindener 123 G.; Thüring. 116 Br., 115 G.; Friedrich-Wilhelm-Nordbahn —; Altona-Kieler 110 Br.; Anhalt-Deffauer Landesbanfact. Lit. A. 170 Br.; Lit. B. 159 Br.; Wiener Banknoten 95 1/2 G.

Leipziger Börse am 23. Mai 1853.

Table with columns: Course in 14-Thaler-Fusse, Angebots, Gesucht, Staatspapiere, Actien, and various financial instruments like Königl. Sächs. Staats-Papiere, K. Pr. Steuer-Credit-Kassenact., etc.

Berlin, 21. Mai. Freiw. Anl. 101 1/2; St.-Sch.-Sch. 93 1/2; Seehdl.-Pr.-Sch. 160 Br.; Banlanth. 109 1/2; Friedrichsdr. 113 1/2; Ldr. 110 1/2; Berl.-Anh. Lit. A. u. B. 139, Pr.-Act. 100 1/2; Berl.-Hamb. 112 1/2; Pr.-Act. 103 1/2; Berlin-Potzd.-Mag-

deburg Pr. ... Halle ... A. 300 ... 151; ... 101 1/2 ... terab. ... sich in ... Hamb ... Frankf ... Bank ... 1pc. 2 ... 93 1/2; ... 2 ... Wien, 2 ... leibe ... Blögg ... Paris ... Paris, ...

*-r D auch auf ... „Dthello“ ... in einer ... uns doch ... lich darü ... in der P ... Grade be ... Hunderte ... men imm ... unfünftl ... afrikanis ... nur ein k ... Berkehrte ... Manches, ... aber je m ... um so w ... Künftler ... jeder Ein ... seiner wil ... mit brenn ... erhalten, ... wohlbered ... Mohren, ... men heisse ... ist, gelind ... B. die ... diese bezie ... lung bei ... modificirt. ... Scharfsm ... jetzt leben

Anzeigen

Bei ...

Ein n ... Künstler ri ... ein Ganzes ... menschl ... denen das ... Rippen, M ... gedehnte u ... Lehren Lav ... nannten P

deburg 98, Pr.-Act. 100; Berl.-Stettin 159, Pr.-Act. —; Köln-Brinden 123 1/2, Br., Pr.-Act. 102 1/2; Düsseldorf-Elberf. 89 1/2, Pr.-Act. 4pc. —; Spc. —; Magdeburg-Wittenb. 50 1/2, Br., Pr.-Act. 101; Oberfchl. Lit. A. 226 1/2, Br., B. 186 1/2, Br.; Halle-Müding. 115, Pr.-Act. 103 1/2, Br.; Krat.-Oberfchl. 94 1/2, Br., Pr.-Act. —; Fr.-B.-Nordb. 58 1/2, Pr.-Act. 103; Poln. Schaß-Dbl. 92 1/2; Poln. Bankcert. Lit. A. 300 fl. 99 Br.; B. 200 fl. 22 1/2; Poln. Pfdb. neue 97 1/2; Part. 500 fl. 93 1/2, Br.; Part. 300 fl. —; Amsterd. f. 143 1/2, 2 R. 142 3/4; Hamburg f. 152 Br., 2 R. 151; London 3 R. 6. 21 1/2; Paris 2 R. 80 3/4; Wien 2 R. 94 1/2; Augsb. 2 R. 101 1/2; Breslau 2 R. 99 1/2; Leipzig 8 Tg. 99 1/2; Frankf. a. M. 2 R. 56. 18; Petersb. 3 R. 107 1/2. Die Stimmung der heutigen Börse anfangs höher, stellte sich im Laufe derselben etwas matter, mit Ausnahme von Rheinischen (90) und Hamburger, die bis zum Schluß begehrt blieben. Preussische und ausländische Fonds ohne Veränderung.

Frankfurt a. M., 21. Mai. Nordb. 59 3/4; Spc. Met. 87 1/2; 4 1/2 pc. Met. 78 1/2; Bankact. 162 1/2; 1834r Loose 199 1/2; 1839r Loose geschäftlos; Spc. Spanier 44; 1pc. 24 1/2; bad. Loose 40 1/2; Kurhess. Loose 39 1/2; Wien 111 1/2; lombard. Anl. 93 1/2; London 119; Paris 95; Amsterd. 100 1/2; Ludwigsbafen-Werbach 127 1/2; Pfälzische Maximilians-Bahn 104.

Wien, 20. Mai. Metalliques gekauft. Silberanleihe 107; Met. 5pc. 95; Neue Anleihe —; 4 1/2 pc. Met. 85 1/2; Bankact. 1467; Nordb. 230 1/2; 1839er Loose 143 1/2; Ologgn. Actien —; London 10, 39; Amsterd. —; Augsb. 108 1/2; Hamburg 159 1/2; Paris 128; Gold 13 1/2; Silber 8 1/2.

Paris, 20. Mai. 3pc. 81. 25; 4 1/2 pc. 103. 70; Spc. Spanier 44 3/4; 1pc. fehlt.

London, 20. Mai. Conf. 100 1/2, 1/2; 3pc. Spanier 48 1/2, 49 1/2; 1pc. 23 1/2, 24 1/2; span. Cert. 6 1/2.

Getreidebörsen. Berlin, 21. Mai. Weizen bei Ladungen 60—66 Thlr., im Detail 61—67. Roggen loco 49 1/2—52 Thlr.; schwimmend 86pfd. 49 1/2 Thlr. per 82pfd. bez.; Mai/Juni 48 1/2 à 49 à 48 1/2 Thlr. verk.; Juni/Juli 48 1/2 à 48 1/2 Thlr. bez.; Juli/Aug. 48 à 48 1/2 à 1/2 à 1/2 Thlr. bez.; Sept./Oct. 47 Thlr. bez. Gerste große 39—40 Thlr. Hafer loco 28 1/2—30 Thlr.; per Juni/Juli 50pfd. 30 Thlr. nominell. Erbsen, Koch. 52—56 Thlr., Futter. 52—51 1/2 Thlr. Winterraps 80—78 Thlr. Winterrüben 78—76 Thlr. Sommerrüben 66—64 Thlr. Sommerraps 66—65 Thlr. Rüböl loco 10 1/2 Thlr. bez.; Mai 10 1/2 Thlr. Br., 10 1/2 G.; Mai/Juni 10 1/2 Thlr. Br., 10 1/2 G.; Juni/Juli 10 1/2 Thlr. bez. u. G., 10 1/2 Br.; Juli/Aug. 10 1/2 Thlr. Br., 10 1/2 G.; Aug./Sept. 10 1/2 Thlr. Br., 10 1/2 G.; Sept./Oct. 10 1/2 à 1/2 à 1/2 Thlr. gehandelt, 10 1/2 Br., 10 1/2 G. Leinöl loco 11 1/2 Thlr. bez.; per Lieferung 11 1/2—11 Thlr. Spiritus loco ohne Faß 24 Thlr. bez.; Mai 23 1/2 à 1/2 Thlr. bez., 24 Br., 23 1/2 G.; Mai/Juni 23 1/2 à 1/2 Thlr. bez. u. G., 24 Br.; Juni/Juli 23 1/2 à 1/2 Thlr. bez., 24 Br., 23 1/2 G.; Juli/Aug. 23 1/2 à 24 Thlr. bez., Br. u. G.; Aug./Sept. 24 Thlr. bez., Br. u. G.; Sept./Oct. 22 1/2 Thlr. bez., 23 Br., 22 1/2 G. Weizen ohne Beachtung. Roggen angenehmer, neuerdings besser begehrt, etwas niedriger schließend. Rüböl unverändert. Spiritus loco nicht verändert, Termine gestragter und höher bezahlt.

London, 20. Mai. Für Weizen war der Markt träge. Die Preise blieben ohne Veränderung.

Reuilleton.

*—Dresden, 22. Mai. Der berühmte Mutatte, Hr. Ira Aldridge, hat nun auch auf unserm Theater gastirt. Er spielte am ersten Abende den Shakspeare'schen „Othello“, am zweiten Abende den Raceth und die komische Rolle des Regers in einer für ihn geschriebenen Posse von der bengalischer Art, „The padlock“, die für uns doch etwas zuviel hainbuchene Natürlichkeit enthält. Wenigstens hat man hier förmlich darüber die Köpfe geschüttelt. Ich selbst habe den dunkelfarbigen Künstler nur in der Partie des Othello gesehen und seine eminente Darstellungskraft in hohem Grade bewundern müssen. Erstaunt aber bin ich nebenbei darüber, daß die vielen Hunderte von Theaterbesuchern, die über ihn erschienen sind, mit wenigen Ausnahmen immer und immer wieder von einer über alles Maß erceidirenden, als solcher unästhetischen und erschreckenden Leidenschaftlichkeit gesprochen, in welcher seine afrikanische Natur sich zu den tollsten Ausbrüchen verleiten lasse. Mir scheint hierin nur ein kleiner Theil Wahrheit zu liegen und eben deshalb etwas Unrichtiges und Verkehrtes gesagt zu sein. Allerdings thut das Naturell des Hrn. Ira Aldridge manches, was unserm Begriff von Schönheit der Darstellung nicht ganz entspricht, aber je mehr man eben Ursache hat, dieses Naturell mit in Anschlag zu bringen, um so weniger ist es begreiflich, wie man von einem maßlosen Sichgehenlassen des Künstlers reden kann. Sein Spiel ist weit mehr das gerade Gegentheil davon, ein durchaus bis in die kleinsten Züge berechnetes, das auch nicht im entferntesten an Das, was man „Naturalismus“ nennt, erinnert. Natürlich ist sein scharfsinniges Studium durch eine Phantasie unterstützt und befeuert worden, deren Glut an seine Abstammung gemahnt und die ganze Färbung der Darstellung bedingt; doch ist dies, wenn man Alles in Allem rechnet, nur zum außerordentlichsten Vortheile derselben geschehen und hat die Reproduction eines Othello möglich gemacht, den wol kein deutscher Schauspieler jetzt so charakteristisch im guten und, füge ich hinzu, im Shakspeare'schen Sinne zu geben vermag. Hr. Ira Aldridge spielt ihn außerdem infolge der immer und immer wiederkehrenden Wiederholungen mit einer Virtuosität, die eben nur durch jene möglich ist, und bei der es freilich auch ohne eine gewisse Maniertheit nicht abgeht. Das aber, was man dem Künstler so oft abgespröchen, die Besonnenheit, hat sie gerade begünstigt, und diese spricht sich in jeder Einzelheit seines Spiels und auch dann aus, wenn der eifersüchtige Mohr seiner wilden Leidenschaft die Zügel schießen läßt. Hier malt Ira Aldridge zwar mit brennenden Farben, welche durch die Physik desselben einen grelleren Ausdruck erhalten, als er einem deutschen Künstler gestattet sein würde; aber sie stehen in wohlberechneter Harmonie mit dem Colorit im Allgemeinen, das man an einem Mohren, wie ihn Shakspeare geschildert, nicht auffällig finden, sondern nur willkommen heißen kann. Dem fremden Darsteller „Bestialität“ zum Vorwurfe zu machen, ist, gelind gesagt, eine Ungerechtigkeit und um so mehr eine Phrase, als man dann z. B. die Rachel in Paris auch „bestialisch“ nennen müßte. Indem ich mich auf diese beziehe, deute ich zugleich auf eine der übrigen ähnliche Richtung der Darstellung bei Hrn. Ira Aldridge hin, die sich indessen durch englische Darstellungsweise modificirt. Auf Grund derselben hat er sich zu einer sein großes Talent und seinen Scharfsinn sehr ehrenben Selbstständigkeit erhoben, welche ihn in die Reihe der ersten jetzt lebenden Darsteller setzt. Um nicht mißverstanden zu werden, wiederhole ich,

daß seine Art und Weise unser Schönheitsgefühl hin und wieder verlegt; aber diese Verletzung ist bei weitem geringer, als die gäng und gebe gewordenen Journalredensarten und haben glauben machen wollen; die Charakteristik des Ira Aldridge'schen Othello ist im Allgemeinen so vollendet, daß es sie in das schärfste Licht stellen heißt, wenn man sie für eine Extravaganz überhaupt ausschreit. Weit mehr scheint mir eine andere Uebertriebung als die der Leidenschaft hervorgehoben werden zu müssen, nämlich die sentimentale. Mit Recht legt Hr. Ira Aldridge auf die ursprüngliche Gutmüthigkeit, vertrauensvolle Hingebung und Bärtlichkeit des Mohren großes Gewicht; aber er verfällt hierbei im Ganzen zu sehr in eine durch ihre Eintönigkeit ermüdende, gedämpfte Rolltonart des Vortrags, den er noch durch ein zwar an sich höchst bezeichnendes und oft überraschend tief empfundenes, aber allzu verschwenderisch angebrachtes stummes Spiel unterbricht und ausdehnt. In manchen Szenen von dieser Stimmung erinnert er an einen charakteristischen Gemüthszug seiner Race, den Frau Beecher-Stowe bei der Schilderung ihres „Onkel Tom“ in den Vordergrund gestellt und aus dem sich Vieles im Spiele des Hrn. Ira Aldridge erklärt. Wie dem auch sein mag, seine große künstlerische Bedeutung unterliegt keinem Zweifel, und er darf die Anerkennung derselben nicht bloß als afrikanischer Tragöde, obwol er natürlich als solcher doppelt interessant ist, sondern als ein bedeutender und merkwürdiger Darsteller überhaupt beanspruchen.

*Salzungen, 20. Mai. Gestern hielt die allgemeine deutsche Lehrerversammlung ihre letzte Konferenz, und kamen in derselben zwei Fragen zur Verhandlung, nämlich: Welche Berechtigung haben in der Volksschule die Realien? und über die Fortbildung der weiblichen Jugend. Nach kurzer Debatte, in welcher sowohl die kirchliche Anschauung, welche den Realien im Verhältniß zum Katechismus- und Bibelunterrichte nur eine beschränkte Stellung einräumt, als die freiere, welche jenen eine gleiche Berechtigung vindicirt, ihre Vertreter hatte, entschied sich die Versammlung dahin, daß der Unterricht in den Realien in der Volksschule als ein durchaus notwendiger zu erachten, und faßte über den zweiten Gegenstand die Resolution, Fortbildungsschulen überhaupt und insbesondere für das weibliche Geschlecht als durchaus notwendig zu erachten, auch daß insbesondere die Errichtung von Fröbel'schen Stiftungen zur Ausbildung von Erzieherinnen wünschenswerth sei. Mit einem Danke an die meiningische Regierung für die so bereitwillig gegebene Erlaubniß zur Abhaltung der Lehrerversammlung und an die Stadt für ihre Gastfreundschaft ward hierauf die fünfte allgemeine deutsche Lehrerversammlung geschlossen und zum Versammlungsort der nächsten Pyrmont gewählt.

*Zürich, 20. Mai. Gestern führte Richard Wagner im züricher Stadttheater das erste seiner arrangirten Concerte auf. Es waren 140 Sänger und 67 Instrumentalisten dabei wirksam. Das Concert wurde mit großem Beifall aufgenommen und Wagner mit Kränzen überschüttet.

*Die Verfasserin von „Onkel Tom's Hütte“, Mrs. Beecher-Stowe, ist am 19. Mai in Paris angekommen.

Ankündigungen.

Anzeigen werden angenommen in den Expeditionen in Leipzig (Querstraße, Nr. 8) und Dresden (bei E. Höpner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Bei **F. W. Brockhaus** in Leipzig erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Symbolik der menschlichen Gestalt. Geistergeschichten

Ein Handbuch zur Menschenkenntniß.

von **Karl Gustav Carus.**

Mit 150 in den Text eingedruckten Figuren.

8. Geh. 2 Thlr. 20 Ngr.

Im Verlage des Unterzeichneten ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben: [929]

Geistergeschichten und geheimnisvolle Erzählungen. Aus dem Englischen. Mit 4 Illustrationen von Vbh. Inhalt: Der geheimnisvolle Mörder. — Das Werdzimmer. — Der unheimliche Brautwerber. — Der böse Gast.

1 1/2 Thlr.] Leipzig, J. J. Weber. [1 1/2 Thlr.]

Bekanntmachung.

Ein im Steinkohlenbergbau theoretisch und praktisch gebildeter Mann, welcher zugleich befähigt ist, die Direction eines Steinkohlenwerks zu übernehmen, kann sofort als **Bergverwalter** bei hiesiger Bürgergewerkschaft eine Anstellung finden und sind die Bewerbungsgeheude nebst Zeugnissen bei dem unterzeichneten Auschuhsvorstand einzulegen.

Zwickau, 17. Mai 1853.

Der Ausschuh der Bürgergewerkschaft. [1562—64] **Friedrich Gotthilf Härtel.**

Ein neues, geistreiches und höchst interessantes Werk des als Gelehrter, Physiolog, Arzt und selbst bildender Künstler rühmlichst bekannten Geh. Medicinalrath Dr. K. G. Carus in Dresden. Die darin zum ersten male als ein Ganzes bearbeitete „Symbolik der menschlichen Gestalt“ ist die Wissenschaft von der Bedeutung der äußern menschlichen Bildung für inneres seelisches und geistiges Leben, von den geheimnißvollen Gesetzen, nach denen das leibliche Abbild uners geistigen Urbildes sich nach diesem unendlich verschieden gestalten muß. Es sind über das gesammte Formengebiet der menschlichen Gestalt (Haupt; Antlitz; Nase, Auge, Augenbrauen, Mund, Zähne, Rippen, Mundwinkel, Kinn, Bart, Ohr, Sprache; Hals, Nacken, Brust, Rücken; Arm, Hand, Fuß u. s. w.) angegebene und durch zahlreiche Illustrationen erläuterte symbolische Forschungen, die weder mit den mythisch-vietitischen Lehren Lavater's, noch mit den „verworrenen Theorien“ der Chirromantie, noch mit „den nicht viel bessern der sogenannten Phrenologie“ zu verwechseln sind.

Frankfurter Lebensversicherungs-Gesellschaft.

Der Rechnungs-Abschluss des Jahres 1852, welcher in der am 16. April d. J. stattgehabten Generalversammlung vorgelegt wurde, ergab folgende Resultate:

Grundcapital	Thlr. 1,714,286 P. Gt.
Einnahme für Prämien, Leibrenten-Capitalien, Zinsen etc.	76,274 19 Sgr.
Ausgaben für Sterbefälle	9,628 17 "
In das Jahr 1853 übertragener Ueberschuss, einschließlich der Reserven	218,197 30 "

Die bei der Gesellschaft auf Lebenszeit Versicherten sind mit **Fünzig Procent** an dem Gewinne theilhaftig; bei Verzichtleistung auf diesen Gewinn-Antheil wird die Jahresprämie sofort um 10 Procent ermäßigt. Die Gesellschaft übernimmt auch Capitalien für welche sie außergewöhnlich hohe Leibrenten gewährt.

Der Protocoll-Auszug und Rechnungs-Abschluss liegen bei dem unterzeichneten General-Agenten zur Einsicht offen und werden durch denselben Versicherungen aufs prompteste vermittelt.
Leipzig, den 21. Mai 1853.

Philipp Mainoni,
General-Agent der Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.
Ritterstraße Nr. 9, 2 Treppen.

[1600]

Deutscher Phönix, Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M.

Folgendes sind die Resultate der in der achten Generalversammlung am 23. April 1853 abgelegten Rechnung des Jahres 1852:

Grundcapital	Thlr. 3,142,857 P. Gt.
Einnahme für Prämien und Zinsen	299,073 26 "
Total-Summe der baaren Reserven	396,991 21 "
Reserve für noch nicht liquidirte Schäden	25,549 14 "

Der Protocoll-Auszug und Rechnungs-Abschluss können von Jedermann bei dem unterzeichneten General-Agenten eingesehen werden. Zu Versicherungen lade gleichzeitig ein.
Leipzig, den 21. Mai 1853.

Philipp Mainoni,
General-Agent des Deutschen Phönix.
Ritterstraße Nr. 9, 2 Treppen.

[1599]

Bekanntmachung.

Bad Reudorf in der Kurbessischen Grafschaft Schaumburg.

Der mit Bädern und Kurmitteln, sowie mit den reizendsten Anlagen und Umgebungen reichlich ausgestattete Gesundbrunnen zu Reudorf, welcher mit den seit langer Zeit rühmlich bekannten Schwefelwasser-, Schwefelgas-, Schlamm-, Douche-, Sturz-, Sool- und gemischten Schwefel-Sool-Bädern, auch eine **Wolkenkur-Anstalt** vereinigt, wird am 1. Juni wieder eröffnet werden.

Dieser heilkräftige Kurort hat sich fortwährend der allerhöchsten landesherrlichen Fürsorge zu erfreuen gehabt, welche sich namentlich in diesem Jahre durch eine reichliche Ausstattung der Wohnungen zu erkennen geben wird, und die Besucher desselben werden die Ueberzeugung gewinnen, daß bei allen Einrichtungen die thunlichste Vervollkommnung angestrebt worden ist. Durch die nahe gelegene Station Gaste ist der Kurort mit der Hannover-Minden-Köln Eisenbahn in Verbindung gebracht.

Anfragen in ärztlicher Beziehung sind an die beiden Herren Brunnenärzte, Hofrath Dr. **Granddier** und Physikus Dr. **Cordemann** zu richten. Ersterer hat die reiche Literatur über die Heilkraft des Bades Reudorf durch die im Jahre 1851 erschienene Schrift „Bad Reudorf, physikalisch, chemisch und medicinisch dargestellt“ vervollständigt.

Wegen der Bestellung von Schwefelwasser und Wohnungen, welche letztere zu dem Preise von 5 Sgr. bis zu 1 Thlr. 10 Sgr. zu haben sind, ist sich an den Castellan **Dimme** zu Reudorf zu wenden.

Bad Reudorf, am 15. April 1853.

Der Kurfürstlich Hessische Brunnen-Director, v. Specht.

[1337-39]

Im Verlage von **F. W. Brockhaus** in Leipzig erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Kriegs- und Friedenslieder

von **Crust Freiherrn Beauclien.**
8. Geh. 1 Thlr.

[1603]

Zur Nachricht.

Dem nach Karlsbad reisenden Publicum wird hiermit kund gegeben, daß auch die mit der Abends 9 1/2 Uhr aus Zwickau nach hier abgehenden Personenpost ankommenden Reisenden, nach Ankauf derselben hier sofort weitere Beförderung nach Karlsbad erhalten.

Posthalterei Wildenthal, am 22. Mai 1853.

[1601-2]

Otto Meißner, Posthalter.

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 24. Mai. Zum ersten Male: **Bestimmungen**, Lustspiel in 4 Acten, nach dem Englischen des Moutre.

Neues Provencer-Oel

ist die erste Sendung angekommen; die Qualität vorzüglich, süß und fett à Pfund 12 Ngr.

Burgunder Essig

à Estragon, stark reine Säure, à Bout. 5 Ngr.

verkauft und empfiehlt **Gotthelf Kühne,**
Peterstraße 43/34.
Leipzig, im Mai 1853.

[1688-90]

Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Brockhaus.** — Druck und Verlag von **F. W. Brockhaus** in Leipzig.

Von der Unterzeichneten ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Deutsche Eisenbahn-Statistik für das Betriebsjahr 1851.

Zusammengestellt von der geschäftsführenden Direction des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen, dem Directorium der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft.

Stettin 1853. Preis 3 Thlr.

Das Werk weist alle nur möglichen Verhältnisse fast aller deutschen Eisenbahnen nach und ist deshalb namentlich für alle Ketten-Anhaber unentbehrlich. Für Techniker ist es schon der beigefügten 14 Tafeln Zeichnungen wegen, welche das Profil der Schienen, die Construction des Oberbaues und der Stützverbindungen enthalten, von wesentlichem Interesse.

Buchhandlung von **Friedrich Nagel** in Stettin. [1586]

Neue Schottische Matjes - Heringe

sind die ersten angekommen, die Fische sollen zart und fett, verkauft und empfiehlt

Gotthelf Kühne,
Peterstraße 43/34.
Leipzig, 21. Mai 1853. [1591-93]

Leipziger Tageskalender.

Dampfwagen-Abfahrten von Leipzig.

- 1) Nach Berlin, incl. nach Frankfurt a. O. und nach Stettin A) über Götzen: 1) Morgens 7 U.; 2) Nachm. 3 1/2 U. und 3) Abds 5 1/2 U. letzterer Zug mit Uebernachtungen in Wittenberg. (Leipzig-Magd. Bahnh.) B) über Wödrschau: 4) Morgens 5 1/2 U. und 5) Nachm. 2 1/2 U. (Leipzig-Dresden-Bahnh.)
- 2) Nach Dresden und beziehlich nach Chemnitz, über Meißn, incl. nach Görlitz und Breslau, auch Litau, ebenso nach Prag und Wien: 1) Morgens 6 U., mit Uebernachtungen in Prag; 2) Vormitt. 10 U., mit Uebernachtungen in Görlitz; 3) Nachm. 2 1/2 U.; 4) Abds 5 1/2 U. mit Uebernachtungen in Erfurt und Umgebung Kassel; 5) Abds 10 U. mit Uebernachtungen in Halle und Umgebung Kassel. (Leipzig-Magd. Bahnh.)
- 3) Nach Frankfurt a. M. über Halle, Erfurt, Eisenach u. Gerungen (auch Kassel): 1) Morgens 7 U. mit Uebernachtungen und sonstigen Aufenthalt in Guntorshausen und Kassel; 2) Mittags 12 U. mit Uebernachtungen in Eisenach und Umgebung Kassel; 3) Abds 5 1/2 U. mit Uebernachtungen in Erfurt und Umgebung Kassel; 4) Abds 10 U. mit Uebernachtungen in Halle und Umgebung Kassel. (Leipzig-Magd. Bahnh.)
- 4) Nach Hof über Altenburg, incl. nach Nürnberg und München Morgens 6 U.; 2) Vormitt. 11 1/2 U.; 3) Abds 5 U. mit Uebernachtungen in Plauen; 4) Abds 10 1/2 U. (Sächsisch-Bayersch. Bahnh.)
- 5) Nach Magdeburg, über Halle und Götzen, incl. nach Verdenburg, ebenso nach Halberstadt, Braunschweig, Hannover, Bremen, Köln, Paris und London, auch Medlenburg, Kübel, Hamburg und Kiel: 1) Morgens 5 1/2 U.; 2) Morgens 7 U.; 3) Mittags 12 U. mit Uebernachtungen in Neuzin, in Hannover und in Wittenberg; 4) Abds 5 1/2 U.; 5) Abds 6 1/2 U. mit Uebernachtungen in Götzen; 6) Abds 10 U. (Leipzig-Magd. Bahnh.)

Bibliotheken: Universitäts-Bibliothek, 2-4 Uhr.
Telegraphen-Bureau, Postgebäude 3 Tr., geöffnet täglich von früh 7 bis Abends 9 Uhr für Staats- und Privat-Correspondenz nach allen europäischen Telegraphenstationen.
Lit. Museum (Zeitungshalle, Reading-Rooms, Cabinet de lecture), Centralhalle, im Salon des Badehauses von früh 8 bis Abends 10 Uhr.
Del. Bechto's Kunstausstellung (Kaufhalle), 8-6 U.
Schwimmbassin, Dampf-, Wannen- und Fichtennadel-Bäder von früh 6 bis Abends 9 Uhr in der Centralhalle.
Dampf- u. alle andere Bäder von früh bis Abends in Kreis's (früher Krüger's) Badeanstalt, Rosenthalgasse 1.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. A. Hoff in Dresden mit Fräul. J. Tharigen. — Hr. Lehrer D. Kändler in Leipzig mit Fräul. G. Graubner in Liebertswitz. — Hr. Buchdruckermeister Reiche in Borna mit Fräul. G. Jöhlige. — Hr. Pfarrer Schenderlein in Raitzschau bei Greis mit Fräul. F. Dietrich in Otticha bei Gera.
Getraut: Hr. P. Axt in Annaberg mit Fräul. G. Mühlenderlein. — Hr. F. Obermann in Leipzig mit Fräul. D. Wöhlig. — Hr. A. Schredenberger in Leipzig mit Fräul. A. Jacob. — Hr. A. Schulze in Leipzig mit Fräul. A. Bormann aus Dresden. — Hr. G. Schütz in Glashütte mit Fräul. W. Reittler. — Hr. A. Schulze in Leipzig mit Fräul. A. Bormann aus Dresden.
Geboren: Frn. Dr. Becker-Laurich in Ronneburg eine Tochter. — Frn. A. Gsche in Adersdorf ein Sohn.
Gestorben: Hr. Schenkwith Diersch in Leipzig. — Hr. G. F. Krenzier in Leipzig. — Hr. J. G. Reinhardt in Leipzig.

Mit
Leipzig
erschient
Montags
Nachmitt

Preis
jahr 1 1/2
gelde 9

* M
den für
Ansehen
wenn er
ren. G
Zwist g
her war
ging er
reichs,
militäris
Grenze.
die Sch
reichs in
Veranla
Horden
sammlun
Schweiz
selbe nu
den Bü
mit ihre
Unterhan
als abh
dahin fü
endlich
† Fr
deutschen
ihre bun
blieben
in Rück
ten sie
ab oder
Grundes
war man
baufon
strebten
diese mo
ben sche
voran, d
waren e
weiterung
Organe
cher aus
„Eifer“
diese Pla
Mill. un
stungen
jener Fes
kommen
während
her ausf
Ofen ur
küste so
unverhält
chung zu
festigung
Desterrei
Ulm“.
geschlossen
nur den
welcher d
der Flott
deutende
also fest
ner von
den Staa
mehr ist
den dring
chen. U
nig eine
Flottenbe
ihrer felt
106 Mill